Nr. 61.

Erscheint täglich außer Montags. Abonnements-Preis für Berlin: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pfg. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1891 unter Nr. 6469.

Vorwärts
Berliner Volksblatt.

8. Jahrg.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3 bis 7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt 6, Nr. 4106.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Beuth-Straße 2. | Freitag, den 13. März 1891. | Expedition: Beuth-Straße 3.

Der Gewerbesteuer-Entwurf.

II.

(Schluß.*)

Das Ausnahmegesetz sind wir glücklich los, die Ausnahmegesetz-Politik aber ist geblieben. Wie in den sogenannten Arbeiterschutz-Gesetzentwurf ein zivilrechtliches Ausnahmegesetz eingefügt ist, so hat Herr Miquel im Rahmen der Gewerbesteuer-Vorlage ein steuerpolitisches Ausnahmegesetz schlimmster Art geschaffen, das sich ausgesprochener Maßen gegen eine Gruppe von Kleingewerbetreibenden richtet. Und die Kommission gab diesem Werke die höhere Weihe, indem sie die betreffenden Bestimmungen noch verschärfte und so dem agrarisch-klerikal-bourgeoisen Pharisäismus ein Denkmal eigener Art errichtete. Es handelt sich um die Betriebssteuer, welche in den §§ 59—69 der Vorlage abgewandelt wird.

Diese neue Steuer soll ausschließlich auf die Gastwirthschaft, die Schankwirthschaft und den Kleinhandel mit Branntwein und Spiritus sich beziehen. Von diesen Gewerben, mögen sie als Haupt- oder Nebengewerbe betrieben werden, soll eine besondere gewerbliche Steuer, eben die Betriebssteuer erhoben werden. Dieselbe ist neben der Gewerbesteuer von den zur allgemeinen Gewerbesteuer herangezogenen Gewerbetreibenden zu entrichten, wodurch also eine Doppelbesteuerung in die Erscheinung tritt. Sie erstreckt sich ferner auch auf diejenigen Gewerbetreibenden, welche wegen eines hinter der Grenze der Steuerpflicht zurückbleibenden Ertrages (1500 M.) und Anlage- und Betriebskapitales (3000 M.) von der allgemeinen Gewerbesteuer befreit sind. Sie nimmt also diese Gruppe Kleingewerbetreibender von der Steuerbefreiung aus, welche doch in Rücksicht auf die schlechte soziale Lage dieser Schichten statuirt worden ist. Nach zwei Seiten hin wird demnach die Einheitlichkeit des Steuergesetzes durchbrochen: auf der einen Seite bei den Gewerbesteuer-Pflichtigen dieser Branche eine neue Belastung, auf der anderen Seite die harte Maßregel einer Exemtion von einer längst nothwendigen Steuerbefreiung.

Und die Gründe für diese Maßregel? In der Begründung heißt es:

„Die Betriebssteuer rechtfertigt sich zunächst durch die Konzessionsertheilung, welche wegen der Einschränkung der Konkurrenz den konzessionspflichtigen vor den nicht besonderer Erlaubniß bedürfenden Gewerben erhebliche Vortheile gewährt. Würde dieser Umstand auch für die besondere Besteuerung verschiedener anderer Gewerbe geltend gemacht werden können, so treten doch, insbesondere hinsichtlich der Gast- und Schankwirthschaft, weitere Gründe hinzu, welche für die stärkere Belastung dieser Gewerbe sprechen. Die Schankwirthschaft ist ein Gewerbe, welches keiner weiteren, die Aufwendung von Kosten verursachenden Vorbereitung bedarf und im Vergleich mit dem Anlage- und Betriebskapital einen hohen Ertrag abwirft. Aus dieser Veranlassung pflegt ein starker Andrang zu dem Gewerbe der Schankwirthschaft stattzufinden, während volkswirthschaftliche und ethische Gesichtspunkte eine Einschränkung desselben erheischen. Da die Gastwirthschaft regelmäßig mit Schankwirthschaft verbunden ist, gelten dieselben Gründe im Wesentlichen auch für jene. Für den Kleinhandel mit Branntwein oder Spiritus treffen jedenfalls die angedeuteten volkswirthschaftlichen und ethischen Gesichtspunkte zu. Hiernach würde es nicht gebilligt werden können, den Gewerben der Gast- und Schankwirthschaft und des Kleinhandels mit Branntwein oder Spiritus im Verhältniß zu der gegenwärtigen Belastung diejenige steuerliche Erleichterung zu gewähren, welche im vorliegenden Gesetzentwurf gegenüber den kleineren Betrieben anderer Gewerbe angestrebt wird. Ein hoher Prozentsatz der bisher in Klasse C besteuerten Gast- und Schankwirthe, sowie der in der Klasse B veranlagten Gewerbetreibenden, welche Kleinhandel mit Branntwein oder Spiritus betreiben, würde künftig wegen eines Ertrages unter 1500 M. und eines Anlage- und Betriebskapitals unter 3000 M. von der allgemeinen Gewerbesteuer gänzlich befreit werden. Zahlreiche andere Gewerbetreibende dieser Kategorien würden in der Steuerklasse IV, Einzelne auch in der Steuerklasse III, erheblich niedrigere Steuersätze als bisher zu entrichten haben. Soll zur Ausgleichung der hierdurch bedingten Steuerausfälle die entsprechend höhere Belastung aller übrigen steuerpflichtigen Gewerbetreibende vermieden werden, so . . . erübrigt nur die Einführung einer besonderen Betriebssteuer."

Der angebliche Ausfall wird auf 2 bis 3 Millionen geschätzt, und statt die potentesten Elemente anzuspannen, greift man zur Doppel- oder Extrabesteuerung der Gast- und Schankwirthe. Daß die Konzessionsertheilung kein ausreichender Grund hierfür ist, sieht die Regierung selbst ein, es müssen also die „volkswirthschaftlichen und ethischen Gesichtspunkte" als liebliche Lückenbüßer herhalten. Und in der Kommission wies man mit sittlicher Entrüstung auf „die schreckenerregende Vermehrung der Gast- und Schankwirthschaften in Preußen" hin; ihre Zahl sei von 1869 bis 1879 von 104 000 auf 130 000 gestiegen. „Man könne sich der Thatsache nicht verschließen, daß hierdurch namentlich auch der Branntweingenuß mit seinen verheerenden Wirkungen besonders in den unteren Ständen gestiegen sei. Der Verzehr von Spirituosen werde in Deutschland auf jährlich mehr als 2 Milliarden Mark geschätzt. Da sei im Lebensinteresse unseres Volkes Einhalt geboten und jedes sittlich oder rechtlich zu verantwortende Mittel im Kampfe zu verwenden. Hierher rechne auch die stärkere Belastung des Schankgewerbes, die Betriebssteuer werde mit dazu beitragen, die am verderblichsten wirkenden Branntweinschänken und Kleinhandlungen aus der Welt zu schaffen, ob mit den Steuersätzen der Regierungsvorlage, stehe freilich dahin." Im innigen Zusammenhange damit steht es, wenn ein konservativer Junker, von Tiedemann-Bomst, im Plenum ausrief (Sten. Ber. S. 185):

„Ich glaube, daß der Weg, den wir mit der Betriebssteuer einschlagen, ein vollkommen richtiger und korrekter ist. Ich bedauere nur, daß die Sätze dieser Steuer, die in dieser Gesetzesvorlage Platz gegriffen haben, nicht höher sind. Der Herr Reichskanzler hat uns bei Vorlage der Gesetzentwürfe gesagt, man müsse alle diese Vorlagen auch unter dem Gesichtspunkte betrachten, ob sie in Betreff der sozialen Frage richtig wirken, und von diesem Gesichtspunkte diese Gesetzesbestimmung betrachtend, muß ich sagen: nein, sie wirkt nicht in der Weise, wie sie im Interesse der sozialen Frage wirken könnte. Die Ueberzahl der Schankstätten, das sind die Brutstätten des Proletariats, und da wird das Holz zugerichtet, aus dem nachher die Sozialdemokratie gehobelt wird. Also die Zahl der Schankstätten zu beschränken, das ist eine unserer größten und wichtigsten Aufgaben. Dazu kommt ja noch, daß auf Grund der heutigen Gesetzgebung der Schankstättenbetrieb konzessionspflichtig ist, und in dieser Konzessionspflicht liegt ja ein Privilegium, das man ihm durch die Gesetzgebung giebt und das auf der anderen Seite sehr wohl bezahlt werden kann."

Die Heuchelei des Junkerthums und seiner Eideshelfer das im Landtag und also auch in der Kommission die erste Geige spielte — saßen doch darin der von Tiedemann, von Itzenplitz, von Richthofen-Gälersdorf, Graf zu Dohna-Mallmitz —, spiegelt sich mit Sonnenklarheit in seinem Verhalten zur Betriebssteuer-Frage ab. Was für Ursachen sind es, die den Alkoholismus als Massenerscheinung ins Dasein rufen? Die soziale Noth, die Verelendung der Massen, die Herabdrückung immer breiterer Volksschichten bis zur Hungergrenze. Wodurch wird dieser Vorgang noch beschleunigt und verschärft? Durch die Schutzzoll-Wirthschaft, welche Brot und Fleisch, welche die nothwendigen, nahrhaften Lebensmittel künstlich vertheuert und die Proletarier zum Genuß schädlicher Reizmittel zwingt. Wer hat Vortheil von diesen indirekten Steuern? Der Großgrundbesitz, die Agrarierklique, welche auf Kosten der Gesammtheit sich bereichert. Wer ist der Branntweinlieferant nicht bloß Deutschlands, sondern der halben Welt? Wieder das ostelbische Junkerthum, das zwar Schnapsbrennen für nobel, Schnapssaufen aber für gemein, Schnapsverschleißen für strafwürdig und doppelt besteuerswerth hält, während die „Edelsten und Besten" dank der Branntweinsteuer ein Geschenk von dreißig Millionen jährlich einstreichen.

Aber noch mehr! Die Regierungs-Vorlage, welche den Schankwirthen nicht hart genug zusetzen kann, **befreit die landwirthschaftlichen Branntweinbrennereien von der Gewerbesteuer,** und die Kommissionsmehrheit akzeptirte selbstverständlich dieses „unzeitgemäße, ungerechtfertigte," durch und durch odiose Privileg. Ein neues Vorrecht also für die siebenfach und darüber privilegirten Schnapsbrenner, für die nimmersatten Agrarier! Um so leichter konnte ihr sittliches Pathos sich an den Gewerbtreibenden, die Herr Miquel ihnen auslieferte, bethätigen. Es rast der See und will sein Opfer haben. Keine Schonung wurde geübt, und die abgedroschensten Flausen waren gut genug zur Bemäntelung einer unerhörten Verletzung der elementarsten Rechtsgrundsätze. Hoffen die Agrarier wirklich, durch solche Kniffe die Aufmerksamkeit von ihrer volksverwüstenden Plusmacherei abzulenken? Meint man, der klassenbewußten Arbeiterschaft ihre Einsicht

*) Vergl. die Artikel in Nummer 57 und 59 des „Vorwärts".

Feuilleton.

Nachdruck verboten.] [11

Die Falkner von St. Vigil.

Roman aus der Zeit der bayerischen Herrschaft in Tirol

von Robert Saweichel.

„Wozu sollt' ich mir auch die Finger zerstechen?" fragte der Andere. „Es giebt Gitschen genug, die mir Rosen schenken. Gelt, wann ich die Stasi um ein Rösl thu' bitten, schenkt sie mir gleich ein schöneres wie Deines. Ich bin gestern gut Freund mit ihr geworden."

„Himmel, Hagelwetter, Du lügst," brauste Ambros auf, und der junge Müller, der nur hatte herauslocken wollen, wessen Geschenk die Rose war, lachte aus vollem Halse. Aergerlich, daß er dessen List nicht gleich gemerkt hatte, stürzte Ambros sein Glas Wein hinunter.

Jerg Arigaya, der wohl aus Erfahrung wissen mochte, daß man seinen Scherz mit Ambros nicht zu weit treiben dürfte, sagte ablenkend, indem er sich das braune Haar aus der niederen Stirne strich: „Du bist ein Glückspilz! Mir läuft das Wasser den Bach hinunter, statt aufs Rad. Es ist zum toll werden! Meinem Vater seine Frau schneidet mir das Wasser ab. Ich soll sparen, sagt der Alte."

„Ja wie denn?" fragte Ambros naiv. Eine solche Zumuthung war an ihn von seinem Vater noch nie gestellt worden. Der Klosterbauer wußte das Geld wohl zu schätzen, vielleicht mehr als der alte Arigaya, aber seinem Ambros ließ er es daran nicht fehlen, denn er sollte zeigen, daß er der Erbe des Klosterhofes wäre. Es war auch eine Freude, zu sehen, wie sorglos Ambros mit den Zwanzigern und Baukozetteln seines Vaters umging. Dafür war denn der Jubel groß, wann er in die Schenke oder auf den Tanzboden kam. Er brachte erst den rechten Zug in das Vergnügen; die Kehlen wurden durstiger und die Musikanten fühlten neue Kräfte in ihren Lungen und Fingern. Und dann erst, wann es zum Raufen kam! War der Ambros nicht dabei, fehlte die rechte Schneid. Mit den Menschen ging er übrigens ebenso sorglos um, wie mit dem Gelde. Wie hätte es auch anders sein sollen, da er daheim von früh auf gewöhnt worden war, sich als den Mittelpunkt der Welt zu sehen und es ihm bei seinem Gelde nicht an Schmeichlern und Schmarotzern gebrach? Wem nicht gefiel, was er sagte oder that, der mochte ihm aus dem Wege gehen oder ihn zur Rechenschaft ziehen; dann focht er es aus, mit Freuden.

Diese letzte Eigenschaft machte seine Freundschaft für Jerg sehr werthvoll. Denn letzterer hatte gewöhnlich keinen Löffel bei sich, wann es dazu kam, die Suppe, die sie beide gemeinschaftlich oder auch er allein eingebrockt hatten, auszugessen. Ambros war immer leicht zu bewegen, die ganze Verantwortlichkeit zu übernehmen, wo dann Jerg mit Seelenruhe zuschaute, als ginge ihn die ganze Sache nichts an. Er war ein lustiger Bursche, verbarg aber unter seiner Lustigkeit ein gut Theil von Schlauheit. Die Ermahnungen des Vaters zur Sparsamkeit schienen seine gute Laune verdorben zu haben und er murrte auf die Frage seines Freundes: „Ich soll seine Dummheit ausbaden, daß er noch einmal gefreit hat. Zum Henker!"

„Dich hat wohl der Sonntag gestern blank gemacht?" äußerte Ambros. „Wenn Du Geld brauchst, sag's nur."

„Der Alte hat schon noch 'rausrücken müssen," antwortete Jerg. „Aber ich mag das dumme Reden dabei nicht leiden. Ich soll sparen, damit mein Alter mit seiner jungen Frau um so lustiger kann leben, sie putzen und ihrer Sippe den Bettelranzen vollstopfen kann. Nicht zwei Hemden hatte sie, wie sie auf die Mühl ist gekommen; aber jetzt schau Einer sie an!"

Ambros klopfte mit der leer gewordenen Flasche auf den Tisch, um die Zeche zu bezahlen. Es berührte ihn unangenehm, daß Jerg seiner Stiefmutter sogar ihre Kleider nachrechnete.

„Ich bin mündig und brauch keinen Vormund mehr," verfolgte sich Jerg, in seinen Haaren wühlend. „Mein Alter brauchte eher einen wie ich. So kann es nicht weitergehen. Was meinst, wenn ich heirathen thäte, Ambros?"

Dieser lachte hell auf.

„Freilich," meinte Jerg, indem er nachdenklich sein spitzes Kinn umfaßte, dabei aber lauernd auf Ambros schielte, „es müßte eine Reiche sein. Ich mag nicht länger bei dem Alten um jeden Kreuzer betteln. Ja, eine Reiche muß es sein."

Hier kam Moidel, die Kellnerin des Stern, in die Stube und trat zu den beiden Burschen an den Tisch. Ambros legte seinen Arm um ihren schlanken Leib und scherzte mit ihr. Sie ging auf seinen Ton lustig ein, wußte sich aber ihm geschickt zu entziehen, als er sie küssen wollte. Jerg kaute unterdessen an seinen Nägeln.

„Jetzt, was meinst Du denn zu meinem Plan?" nahm er das vorige Thema wieder auf, als er mit Ambros den Bach abwärts ging.

„Versuch's," antwortete Ambros zerstreut.

„Es hat sich was mit dem Versuchen," rief Jerg. „Ja, wenn Einer bei dem Versuch nicht gleich fürs Leben festsäße."

in die wirklichen Ursachen der betrübenden Erscheinung des Alkoholismus mit solchen Kunstgriffen zu eskamotiren! Und hofft Herr Miquel die Zufriedenheit der Kleingewerbetreibenden, die er so schroff mitnimmt, zu erhöhen? Der Zudrang zum Gastwirthsgewerbe erklärt sich aus der Eigenart unserer ökonomischen Verhältnisse. Deklassirte Handwerksmeister und sonstige Kleinbürger, Arbeiter, die in ihrem Beruf nicht fortkommen können (wie manche Gemaßregelte sind darunter!), suchen auf diese Weise ihr Leben zu fristen. Und sie will man dafür strafen, die im Großen und Ganzen als Berufsklasse — wir leugnen nicht, daß es Ausnahmen giebt — an der Sachlage, wie sie sich heute uns darstellt, durchaus unschuldig sind. Sie will man doppelt besteuern, die in zehn Fällen sechs Mal die Schuldsklaven und einfachen Lohnarbeiter ihrer Lieferanten, der Großbrauer, der Brenner u. s. w. sind. Das heißt in der That, den Gaul am Schwanz aufzäumen. Oder besser, das ist „ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit", wohlverstanden in der Art, wie früher am Hofe Prügelknaben gehalten wurden, die man züchtigte, wenn die Prinzen dumme Streiche machten. Wenn die Junker profitiren, müssen die Schankwirthe Haare lassen, das ist auch eine Uebertragung des bekannten horazischen Verses.

Die harten Bestimmungen der Regierungsvorlage waren der Kommission noch nicht drückend genug. Hatte Herr Miquel mit Ruthen geschlagen, die Ethik der Agrarier hantirt mit Skorpionen. Die nichtgewerbesteuerpflichtigen Wirthe und Kleinhändler mit Spirituosen wollte der Regierungsentwurf mit 10 Mark anlegen; die Kommission setzte dafür zwölf Mark ein. Sie beschloß, daß bei mehreren einem Unternehmer gehörigen Betriebsstätten jedes einzelne Geschäft für sich besteuert werden soll.*) Der Vorschlag der Regierung, den Steuerpflichtigen in Klasse III und IV die Hälfte der Steuer zu erlassen, falls sie Kleinhandel mit Spirituosen ohne Gastwirthschaft betreiben und keine 1500 Mark dabei erzielen, wurde kurzweg abgelehnt. Es leuchtet ein, daß die Kommission sich nicht veranlaßt sah, die schweren Strafen zu mildern, welche der Abschnitt über die Betriebssteuer enthält, so z. B. die krasse Bestimmung der Gewerbelegung bei fruchtloser Zwangsvollstreckung bis zur Entrichtung des Rückstandes u. s. w. u. s. w. Die Betriebssteuer erscheint als die erste Schwalbe, welche den lachenden Sommer des Trunksuchtgesetzes anzeigt!

Wie für die großen Brenner, war auch für die Grubenbarone von der Vorlage bestens gesorgt. Die Bergwerke sollen gewerbesteuerfrei bleiben, weil sie bereits — die Bergwerksabgabe zu entrichten haben. Dieselbe ist eine Brutto-Abgabe von zwei Prozent, die den nothleidenden Kohlenlords so schwer zu sein dünkt, daß man ihren Fortfall in Aussicht gestellt hat. Daß die Grubenindustrie kolossale Kapitalmächte und gewaltige Profite repräsentirt, daß sie durch Ringe, durch Verkaufssyndikate, durch die kürzlich von Herrn von Berlepsch festgenagelte Begünstigung des Auslandes ꝛc. sich auszeichnet, ist allgemein bekannt. Also — Steuerfreiheit! Ja, die Kommission beschloß, noch ein Uebriges zu thun und schützte auch noch die mit einem Bergwerke verbundenen, am Gewinnungsorte errichteten Koksanlagen, wenn dieselben ausschließlich mit den in dem betreffenden Bergwerke gewonnenen Kohlen betrieben werden, durch Verleihung der Steuerfreiheit.

Von der Steuer befreit wurden ferner die nicht höher als bis zu 4000 Mark Ertrag eingeschätzten Kunstgärtnereien, die kommunalen Verbände, die überwiegend der öffentlichen Wohlfahrt dienen, und auch eventuell „gemeinnützige" private Unternehmungen, wie Volksküchen und Kaffeeschänken. Daß hier sehr scharf kontrollirt werden muß, da es feststeht, welch reinkapitalistische Zwecke solche Institute des Oefteren verfolgen, ist klar. Auch Herr Miquel sagte warnend: „Wir erleben jeden Tag, daß unter dem Deckmantel der sogen. Gemeinnützigkeit ganz fein ausgedachte gewerbliche Unternehmungen und Spekulationen unternommen werden." (Sten. Ber. S. 170).

Dagegen wurden entgegen dem Entwurf die auf Gegenseitigkeit beruhenden Versicherungsgesellschaften für steuerpflichtig erklärt, ebenso die Konsumvereine, soweit sie offene Läden haben und mit Nichtmitgliedern Geschäfte machen.

Das sind im Großen und Ganzen die Hauptpunkte der Steuerreform, wie sie bis jetzt sich fixirt haben. Voraussichtlich wird das Plenum keine wesentlichen Aenderungen mehr vornehmen, da hinter der Kommissionsmehrheit die große Masse der Landrathskammer steht. Das Gesetz soll zunächst bei der Veranlagung für das Jahr 1893/94 zur Anwendung kommen.

Für einen Volksvertreter, der die Interessen der kleinen Leute aufrichtig vertritt, ist diese Vorlage unannehmbar, so lange die verwerfliche Betriebssteuer in dieser Gestaltung erhalten bleibt. Ganz abgesehen von den anderen im Verlaufe dieser Untersuchung berührten Mängel, wie der zu schwachen Belastung der Großbetriebe und der Steuerprivilegirung der Brennerei und Bergwerksbesitzer.

*) Die Betriebssteuer für Gewerbesteuerpflichtige soll laut Kommissionsbeschluß — er deckt sich mit dem Entwurfe — betragen:

a) in der Klasse IV	. . . 15	Mark,
b) in der Klasse III	. . . 25	„
c) in der Klasse II	. . . 50	„
d) in der Klasse I	. . . 100	„

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. März.

Zu Beginn der Sitzung wurde im **Reichstage** die Nachberathung der bekannten angefochtenen Marineposten vorgenommen. Die Budgetkommission hat bekanntlich die streitigen beiden Kanonenboote bewilligt. Der Zentrumsredner Sperlich und die freisinnigen Redner Rickert und Richter — die beiden feindlichen Brüder, die in dieser Frage getrennt marschiren — suchen mit einigen kurzen Worten ihre Stellung zu begründen. Allein es ist bekannt, daß die Verhandlungen hinter den Koulissen am meisten zur Fertigmachung der Sache beigetragen haben und daß die Majorität des Hauses den Abmachungen, wie sie durch den Kommissionsbericht festgestellt sind, zustimmt, deshalb erhalten die Verhandlungen kein lebhafteres Kolorit. Nach den bezeichneten kurzen Reden geht die Abstimmung vor sich, welche Annahme der Kommissionsbeschlüsse ergiebt. Der große Theil der Freisinnigen stimmt für dieselben. Einige weitere Etatskapitel werden anstandslos genehmigt. Das von der Kommission in zweiter Lesung fertig gestellte Patentgesetz wird auf Antrag des Abg. v. Ballestrem en bloc angenommen, ebenso geht ohne Diskussion die Annahme der die Petitionen zu diesem Gesetz betreffenden Resolution aus der Abstimmung hervor. Darauf Schluß der Sitzung 1/28 Uhr. Morgen: Dritte Berathung des Etats.

Nur wenn Fürst Bismarck sich sehr beeilt, an den parlamentarischen Arbeiten theilzunehmen, wird er auf der Ministerbank bezw. an dem Bundesrathstische noch ehemalige Kollegen sich gegenübersitzen finden, denn heute schon gehören nur noch die Herren von Boetticher, Herrfurth und Maybach dem **Ministerium** an und auch ihre Tage scheinen gezählt zu sein. Herr von Goßler ist Bismarck dem Vater und dem Sohne, Lucius, Verdy du Vernois, Friedberg und Scholz und auch den Herren Stöcker, Hegel und Hermes in das Privatleben gefolgt. **von Goßler** hat wirklich seinen Abschied erhalten und wird, wie der „Reichsanzeiger" heute amtlich meldet, von dem Oberpräsidenten von Posen, dem hochkonservativen Herrn von Zedlitz-Trützschler in der Leitung des Ministeriums für geistliche, Medizinal- und Unterrichtsangelegenheiten abgelöst werden. Was uns von dem neuen Minister bekannt ist, berechtigt in keiner Weise zu der Annahme, daß er für die Leitung eines Fachministeriums besonders geeignet ist, höchstens ließe sich anführen, daß unser jüngster Minister Major a. D. ist, daher nicht wie Herr v. Scholz seligen Angedenkens zum Sekondelieutenant ernannt werden muß. Mit Herrn v. Goßler scheidet ein Mann aus dem Amte, der trotz unleugbaren sympathischen Zügen, wie seinem Eifer für die Entwickelung der Naturwissenschaften und ihre Pflege an den Hochschulen, ein durchaus reaktionärer Minister war. Als solcher erwies er sich sowohl in kirchlichen Angelegenheiten, wo er einer schroffen Orthodoxie huldigte, als auch in der Unterrichtspolitik, wo er den Schlendrian in der Volksschule zu konserviren, die freie Meinungsäußerung der Volksschullehrer zu unterdrücken bemüht war, in der Frage der Unterrichtsreform war er ein eingefleischter Freund des Alten und Abgestorbenen und in der Hochschulverwaltung nahm er stets mehr Rücksicht auf die politische Gesinnung denn auf die wissenschaftlichen Leistungen der zu berufenden Professoren. Wir verweisen hier nur darauf, daß unter seiner Verantwortung die Universitäts-Lehrstühle der Nationalökonomie mit willfährigen Anbetern der bismarckischen Sozialpolitik und wissenschaftlichen Nullen besetzt wurden. Wir müssen bei dieser Gelegenheit auch der schmachvollen Ernennung eines Schwenninger's zum Professor an der ersten deutschen Universität gedenken, die eine der schmachvollsten Seiten in dem großen Schuldbuche der bismarckischen Korruption ist. Auch in der Kulturkampf-Frage war Herr von Goßler nur ein willfähriges Werkzeug in den Händen Anderer. Seine Haltung in der Sperrgelder-Vorlage war alles eher als eine zielbewußte und konsequente. Nach all dem wird Herr von Goßler's Abschied kaum Unzufriedenheit erregen; man wird ihn ohne Trauer scheiden sehen. —

Herr **von Puttkamer** soll wieder in den Staatsdienst treten, er soll das Oberpräsidium der Provinz Pommern erhalten. Neuer Kurs! —

Der greise Zentrumsführer **Windthorst** ist sehr schwer erkrankt. —

Bismarck's Kandidatur im 19. hannoverschen Wahlkreise scheint der Anfang vom Ende des Staatsmannes zu sein, denn, wenn wir der unverfälscht bismarckischen Münchener „Allgemeinen Zeitung" glauben dürfen, will Bismarck in allen erledigten Wahlkreisen seine Kandidatur aufstellen lassen. Er ist demnach schon ganz auf den Boulanger gekommen. —

Daß die **Entmannung der nationalliberalen Partei** ihren Höhepunkt erreicht hat, beweist ein Satz aus einem Organe der „deutschen Partei", welchen Namen in Württemberg die nationalliberale Partei führt. Derselbe lautet:

„Die Deutsche Partei hat es aufgegeben, ein eigenes Programm zu vertreten. Ihr einziges Programm ist: Unterstützung der Regierung um jeden Preis."

Die sonst mit dem Antisemitismus liebäugelnde „Kreuz-Zeitung" will die **orthodoxen Juden** zur konservativen Partei heranziehen. Wir gönnen der Junkerpartei diesen Zuwachs und auch alle sonst dem Kapitalismus huldigenden Christen, Juden und Gottesleugner. Wir wollen bei dieser Gelegenheit aber konstatiren, daß die „Kreuzzeitung", wenn es der Machtstellung ihrer Partei nützt, interkonfessionell wird, was sie anderen Parteien so oft schon zum Vorwurf gemacht hat. —

Ein Inserat der „Industrie und Landwirthschaft" (Nr. 9, 4. März) hat folgenden Wortlaut: „**Knechte** versende jede Bahnstation zu billigen Preisen. H. W. v. Malczewski, Posen."

Einmal ein Geständniß eines ostelbischen Junkers, daß der Arbeiter als Waare behandelt wird, ganz wie es das Interesse des modernen Klassenstaates erfordert! Nur die Sozialdemokratie will diesen Zuständen, welche von der Sklaverei des Alterthums fast durch nichts verschieden sind, ernstlich ein Ziel setzen. —

In **Paris** sind bei den Rennen, wegen des Wettverbots, starke Truppenmassen konzentrirt worden. Meint Constans wirklich, daß die Bourgeoisie zu einer Emeute aufgelegt ist? Aber vielleicht irrt sich der geriebene Minister nicht, wenn er meint, daß die Bourgeoisie heute nur noch wegen Einschränkung der Spielwetten Revolutionen machen kann. —

Die **Finanzwirren** in Argentinien scheinen nicht nur den Bankerott dieses Landes herbeiführen zu sollen, sondern außer England auch Frankreich ernstlich zu bedrohen. Ein ähnlicher Fall, wie bei dem englischen Bankhause Baring Brothers, beschäftigt jetzt die Pariser Bankkreise, da eine große Bank, die société des dépôts et des comptes courants, durch die argentinische Krise in Zahlungsschwierigkeiten gerathen ist. —

In **Italien** macht man sich jetzt daran, die skandalösen Vorgänge in Afrika abzuleugnen. So meldet ein Telegramm des „Bureau Herold":

„General Baldissera, der vorletzte Kommandant der Truppen in Massauah, erklärt alle von Livraghi behaupteten Massakres für erfunden. In neun Jahren seien drei Todesurtheile vollstreckt worden, das Militärkommando sei mit dem Bandengesindel zu menschlich umgegangen. Livraghi habe das Märchen erfunden, um seine eigene Person zu decken, welche in der Affaire Mussa el Alkad stark kompromittirt ist."

„Anders wird's wohl nicht ausgehen, wann Du eine Schürze voll Gold willst," versetzte Ambros gleichgiltig. Lebhafter aber setzte er hinzu: „Ich thäte mich drei Mal besinnen, eh' ich zum Pfarrer ginge."

Sie waren an die Sägemühle gekommen, die nur in geringer Entfernung von dem Stern lag. Ein großer Wolfshund kam ihnen entgegen und sprang schmeichelnd an Ambros auf. Es geschah mit solchem Ungestüm, daß ein Anderer wie Ambros wohl das Gleichgewicht verloren haben würde. Er aber stand fest, klopfte dem Thiere den Kopf und reizte es noch zu gewaltigeren Sprüngen. Jerg wünschte gute Nacht, wandte sich aber noch einmal und rief Ambros nach: Grüß Deine Schwester von mir!"

Ambros antwortete nicht. Er spielte mit dem Hunde, der ihm das Geleit gab, in großen Sätzen vor ihm hersprang und dann wieder zu ihm zurückkehrte und liebkosend an ihm emporstrebte, bis er den Brückensteg bei Monthan erreichte.

„Jetzt gehst nach Haus, Lupattino," sagte Ambros. Der Hund sah ihn an und blieb schweifwedelnd stehen. Als Ambros die Brücke über den Bach passirt hatte, bellte Lupattino dumpf und jagte dann nach der Mühle zurück.

Den Gruß, welchen Jerg ihm aufgetragen, ließ Ambros unbestellt, obgleich er die Schwester mit ihrem Verlobten zu Hause unter dem Vordache sitzend fand. Mit einem kühlen Worte ging er an dem Paare vorüber und Lisei folgte ihm mit einem Seufzer in das Haus, um ihm das aufgehobene Abendessen zu geben. Ambros kehrte sich an die Hausordnung nicht und der Klosterbauer sah es ihm nach, wann er bei den Mahlzeiten fehlte. Das Verhältniß zwischen den beiden künftigen Schwägern war kein gutes. Die Verschiedenheit des Alters und mehr noch die der Charaktere war zwischen ihnen zu groß. Wolf Lechner war zu ernst und gesetzt, als daß er das wilde Treiben des jüngeren Ambros hätte billigen können. Er besaß viel Gutmüthigkeit und ließ sich deshalb persönlich wohl manche Rücksichtslosigkeit und Ueberhebung von dem Bruder seiner Braut gefallen, aber er duldete sie nicht gegen Lisei. Auf Ambros' Seite trug es nicht wenig dazu bei, ihn dem Schmiede abgeneigt zu machen, daß derselbe ein Bayer war. Lisei war zu verständig, um nicht zu erkennen, daß Wolf Lechner gegen den Bruder nicht nur im Rechte war, sondern es auch gut mit ihm meinte. Um so mehr schmerzte es sie, daß Ambros dem Manne, der ihrem Herzen theuer, so abgeneigt war. Denn sie liebte Ambros trotz aller seiner Schwächen und Fehler, liebte ihn, obgleich ihm schon in der Wiege im reichsten Maße zugefallen war, wonach sie stets vergebens gehungert hatte: die Liebe des Vaters.

Des Menschen Herz ist ein schwer zu ergründend Ding. Lisei war die Leidensgefährtin und Vertraute ihrer Mutter gewesen und dennoch hatte deren Erbitterung gegen den Klosterbauer in ihrer jungen Brust nicht Wurzel gefaßt, noch hatte die Lieblosigkeit, Ungerechtigkeit und Härte, die sie selbst von dem Vater in reichem Maße erfahren, sie mit Neid auf Ambros erfüllt. Ja, sie hatte unter seinen Mißhandlungen schwerer gelitten, als die Mutter, denn sie liebte ihn und hatte die Empfindung sorgsam verbergen müssen, um die Mutter nicht noch unglücklicher zu machen. Warum liebte sie den Vater? Die Stimme der Natur ist eine so trügerische, daß auf sie kein Verlaß ist. Vielleicht erkannte Lisei, deren Beobachtungsgabe durch das Unglück früh geweckt worden, trotz der Liebe, die sie für ihre Mutter fühlte, deren Charakterschwäche. So weit ihre Erinnerungen zurückreichten, boten sie ihr kein Bild des Selbstvertrauens von der Mutter, die bereits innerlich gebrochen war. Sie kannte sie nur in leidenschaftlichen Aufwallungen, denen eine um so größere Muthlosigkeit und Verzagtheit zu folgen pflegte, und Lisei war es, welche sie dann trösten und kräftigen mußte. Gegen die Inkonsequenz und Schwäche der Mutter mochte ihr die ewig gleiche Rücksichtslosigkeit und Härte des Vaters als Charakterstärke erscheinen, und die Kraft ist immer sicher, von dem weiblichen Geschlechte bewundert zu werden. Vielleicht muß noch ein Anderes zur Erklärung herbeigezogen werden. Lisei konnte sich nicht verhehlen, daß das Verhalten der Mutter gegen den Vater nicht vorwurfsfrei war, daß die Mutter ihn oft reizte und ihm Gleiches mit Gleichem vergalt. So lag die Annahme nahe, daß das Benehmen der Mutter seine Fehler schärfte und zuspitzte und daß er anders sein würde, wenn die Mutter ihn liebte. Hier mischte sich für Lisei das Mitleid ein und es trieb sie, dem Vater zu ersetzen, was ihm die Mutter nicht gewährte.

Um das Verhältniß der Eltern zu einander richtig beurtheilen zu können, fehlte übrigens Lisei der wichtigste Umstand. Durch welche Bekenntnisse auch die Mutter ihr Herz gegen die Tochter entlastet hatte, namentlich auf ihrem letzten Krankenlager, wann Lisei während der Dämmerstunde an ihrem Bette saß, von dem Wankelmuthe ihres Herzens gegen Kaspar Larseit hatte sie nicht sprechen mögen und der Name des schwer Gekränkten war nie über ihre Lippen gekommen. Sie hatte ihr Kind, das einzige Wesen, das mit Liebe an ihr hing, ihr einziger Trost all' die Lebensjahre hindurch gewesen war, nicht zur Richterin über sich aufrufen wollen. Nur das hatte sie Lisei gestanden, daß sie sich durch den Reichthum des Klosterbauers hätte verleiten lassen, ihn gegen ihre Neigung zu heirathen. Eines Tages, nicht lange vor ihrem Tode, hatte Lisei aus einer Lade ihr ein bestimmtes Schächtelchen reichen müssen. Es enthielt die ersten Geschenke, die der Klosterbauer ihr gemacht und die sie seit ihrer Verheirathung nie wieder getragen hatte. Lisei sollte sie als Warnung aufbewahren, ihr Herz nicht durch Schmuck und Reichthum verführen zu lassen. Lisei hatte bei dieser Ermahnung nur gefühlt, daß sie alle Schätze der Welt mit Freuden für ein wenig Liebe des Vaters hingeben würde.

Ein wenig Liebe! Als ob der Klosterbauer ein Verständniß für sie hätte! Er hatte auch nicht die leiseste Ahnung davon, daß Lisei an sein Vatergefühl irgend welche Ansprüche erhob. Die schüchternen Annäherungsversuche des Kindes hatte er entweder gar nicht bemerkt, oder rauh zurückgewiesen, und wie er in der Unermüdlichkeit, mit der sich Lisei der Wirthschaft annahm und für seine persönlichen Bedürfnisse und Bequemlichkeiten sorgte, noch heute nichts als ihre Schuldigkeit sah, so war ihm ihre unerschöpfliche Geduld, mit der sie sich von Kindesbeinen an der Wartung ihrer Brüder unterzogen, nur die Erfüllung einer selbstverständlichen Pflicht gegen Ambros gewesen. (Forts. folgt.)

Doch hat die Sache jetzt schon zu viel Staub aufgewirbelt, um auf eine gewöhnliche Amtsüberschreitung eines untergeordneten Beamten gedeutet zu werden. Im italienischen Parlamente fand über die Frage, welche Crispi's Ansehen noch mehr untergraben wird, eine sehr erregte Debatte statt, über welche folgender telegraphischer Bericht vorliegt:

„Die Deputirten **Brinetti** und **Cavallotti** begründeten ihre Interpellation in Betreff der Vorgänge in Massauah und befürworteten die Einleitung einer hierauf bezüglichen parlamentarischen Untersuchung. Ministerpräsident **Rudini** erklärte, gegen Livraghi sei wegen Verleumdung, Diebstahls und Todtschlags Anklage erhoben. Mit einer Untersuchung seien der Generalprokurator Armo, der General Drignet und die Deputirten Bianchi, Cambray-Digny, Ferrari und Martini betraut. Ueber die Kosten für diese Untersuchung lege er hiermit einen Gesetzentwurf vor. Die angeordnete Untersuchung werde den Fortgang des Prozesses nicht behindern, sich vielmehr über alle Handlungen der Regierungsbeamten jeden Ranges und jeder Stellung erstrecken, die Untersuchung werde zeigen, ob die Angelegenheit vor die ordentlichen Gerichte zu bringen sei. Nach diesen Maßnahmen der Regierung halte er den Antrag auf Einleitung einer parlamentarischen Untersuchung für verspätet. Brinetti und Cavalotti erklärten sich durch die Antwort des Ministers befriedigt. Colaianni brachte darauf den Antrag auf Einleitung einer parlamentarischen Untersuchung ein. Rudini sprach sich gegen die Inbetrachtnahme desselben aus. **Crispi** erklärte, er zolle der von der Regierung beschlossenen Untersuchung Beifall, er würde auch einer parlamentarischen Untersuchung zugestimmt haben, wenn dieselbe von der Regierung und der Kammer angenommen worden wäre. Anlangend seine auswärtige Politik, erwarte er Gerechtigkeit von der Zeit und werde sich darauf beschränken, die Thatsachen richtig zu stellen. **Colaianni** zog darauf seinen Antrag zurück."

Wenn die Untersuchung ehrlich geführt werden sollte, wird sie Schreckliches zu Tage fördern und keineswegs den Kolonialfanatismus weiter entflammen. —

In **Belgien** sieht sich die Regierung doch gedrängt, eine **Erweiterung des Wahlrechtes** zuzugestehen, sie wird aber dadurch die Sozialdemokratie nicht befriedigen können, weil noch immer mehr wie die Hälfte der in Deutschland Wahlberechtigten in politischer Rechtlosigkeit verbleiben wird. Den Liberalen strenger Observanz scheint aber die Regierung trotz der Kleinlichkeit ihrer Zugeständnisse zu weit zu gehen und der Führer der Liberalen, Herr Frère Orban, bekämpft die Regierungsvorlage, welche von den Progressisten und einem Theil der Liberalen unterstützt wird. Aber nicht nur die Liberalen, auch die Ultramontanen sind in der Wahlrechtsfrage gespalten, während die Einen die Regierung unterstützen, wollen die Anderen nichts von der Revision der Verfassung wissen. —

Auch in den **Niederlanden** wird die Frage der Erweiterung des Wahlrechts jetzt ventilirt. Die in Opposition stehende „Liberale Union" hat soeben ihr Programm revidirt. Jetzt befindet sich in demselben auch der folgende Passus:

„Ausdehnung des Wahlrechts und zwar derart, daß alle volljährigen männlichen Niederländer, die lesen und schreiben können, im Vollbesitz ihrer staatsbürgerlichen Rechte sind und selbst für ihren und ihrer Familie Unterhalt sorgen, namentlich also die große Masse der Arbeiter, wahlberechtigt sind."

Der Krieg ist der **Feind der Kultur** auch im Frieden. Dies beweist der Umstand, daß alle bisherigen Projekte Frankreich mit England zu verbinden, stets am Widerstande der englischen Armeeverwaltung gescheitert sind, dies gilt auch vom neuesten Stadium der Frage, worüber ein Wolff'sches Telegramm meldet:

„Der englische Kriegsminister Stanhope kündigte der Regierung an, er werde sich dem Projekte Sir Edward Reeds betreffend die Kanal-Rohreisenbahn widersetzen." —

Die „gespaltenen" **irischen Homeruler** werden wohl nächstens vollständig „verkrümelt" sein, und sich schließlich in blauen Dunst auflösen. Herr **Parnell** bereist gegenwärtig Irland, um seine Kollegen anzuschwärzen und durchprügeln zu lassen. Kein Meeting ohne solenne Keilerei, bei denen bald die Einen bald die Anderen die Kürzeren ziehen. Ein traurigeres Ende hat niemals eine politische Partei genommen. Dank dem Götzenkultus, der viele Jahre lang systematisch mit seiner Person getrieben worden ist, wird Parnell, ein vollendeter Demagog und an kalter Berechnung all seinen ehemaligen Kollegen überlegen, von vielen seiner götzengläubigen und wenig kritischen Landsleute auch noch heute als ein übernatürliches Wesen verehrt, dessen Popularität in breiten Volksschichten selbst dem Anathema der Pfaffen trotzt. Der Führer der Gegenpartei, Mac Carthy, rief schmerzlich bewegt in einer Rede aus: „Da ernten wir die Frucht des Personenkultus. Berücksichtigen wir die Lehre!"

Und hoffentlich **wird** sie berücksichtigt, und nicht bloß in Irland.

Für den Augenblick ist aber der Schaden gethan, und die Homerule kann als ein „überwundener Standpunkt" betrachtet werden.

Herr Parnell denkt so wenig daran, von dem politischen Schauplatz zu verschwinden, daß er sogar über die Homerule hinaus sich seine Zukunft zu sichern sucht — er, der selbstsüchtige, kalte, hochmüthige Aristokrat, fängt nämlich an, sich als **Sozialist** aufzuspielen. In einer Arbeiter-Versammlung zu Clarkenwell (einem Stadttheile Londons) erklärte er sich für weitgehende soziale Reformen, betheuerte seine Zärtlichkeit für den Arbeiter, bezeichnete es als Pflicht des Staates, den Arbeiter gegen den Unternehmer zu schützen, und sprach sich schließlich für den **Achtstundentag** aus. Es versteht sich, daß nur der Wunsch, Herrn Gladstone und dessen Getreuen einen Tort anzuthun, den Exkönig von Irland zur Uebernahme dieser neuen Rolle bestimmt hat. Der Mann kann es noch weit bringen. Von den englischen Arbeitern aber erwarten wir, daß sie ihm, soweit er auf **sic** spekulirt, das Spiel gründlich verderben. —

Ueber die dem schwedischen Reichstage vorgelegten **Arbeiterversicherungs-Gesetzentwürfe** theilt der „Reichs-Anzeiger" folgendes mit:

Der von der Regierung dem Reichstage vorgelegte Gesetzentwurf, betreffend die Versicherung gegen Unfälle während der Arbeit, geht von dem Grundsatz aus, daß die in gewissen gefährlicheren industriellen Gewerben, sowie beim Eisenbahn- und Pferdebahnbetrieb beschäftigten Arbeiter gegen die ökonomischen Folgen von Unfällen versichert werden müßten, durch welche sie während der Arbeit betroffen werden könnten. Die Hauptbestimmungen des Entwurfs sind: Beim Todesfall soll eine Begräbnißhilfe von 30 Kronen, der hinterbliebenen Wittwe 120 Kronen jährlich und den hinterbliebenen Kindern unter 15 Jahren 60 Kronen jährlich gezahlt werden. Hat ein Unfall eine mehr als 60 Tage dauernde Erkrankung zur Folge, so wird 1 Krone täglich an Krankengeld gewährt; tritt vollständige Arbeitsunfähigkeit ein, dann sind 360 Kronen jährlich zu zahlen, welcher Betrag auf 440 Kronen erhöht werden kann, wenn der Verunglückte minderjährige Kinder hat. Bei theilweiser Arbeitsunfähigkeit ist eine Rente bis 300 Kronen zu gewähren. Der Staat und die Kommunen sollen nicht verpflichtet sein, ihre Arbeiter bei der Reichs-Versicherungsanstalt zu versichern, sollen aber den Arbeitern bei eintretenden Unfällen wenigstens dieselbe Rente gewähren, wie oben angegeben. — Der Gesetzentwurf, betreffend die Krankenkassen, beruht im Gegensatz zu der obligatorischen Unfallversicherung auf dem Grundsatz der Freiwilligkeit. Die bestehenden Krankenkassen können, wenn sie es wünschen, bei der Reichs-Versicherungsanstalt registrirt werden, wodurch sie den Charakter einer juristischen Person erhalten; eine solche Kasse muß aber wenigstens fünfundzwanzig Mitglieder haben. — Die vorgeschlagene Reichs-Versicherungsanstalt soll alle Angelegenheiten bezüglich der Unfallversicherung und die Registrirung der Krankenkassen besorgen; die Verwaltungskosten der Anstalt sind zu 41 600 Kronen jährlich berechnet. Um das Krankenkassenwesen zu befördern, wird noch beantragt, daß die registrirten Kassen einen Verwaltungsbeitrag aus der Staatskasse erhalten sollen, und zwar so, daß Kassen mit weniger als 50 Mitgliedern 1 Krone per Mitglied jährlich und Kassen mit mehr als 50 Mitgliedern 50 Oere erhalten; der jährliche Verwaltungsbeitrag an eine Kasse darf jedoch 150 Kronen nicht übersteigen. Wenn aber eine Krankenkasse auf anerkannten versicherungstechnischen Grundsätzen beruht, kann der Verwaltungsbeitrag verdoppelt werden. Die Ausgaben der Staatskasse zu diesem Zweck sind zu ca. 59 000 Kronen jährlich berechnet. — Diese Gesetze sollen am 1. Juli 1892 in Kraft treten; die Ausgaben in genanntem Jahre sollen aus dem Fonds von 100 000 Kronen bestritten werden, den der Reichstag schon in der vorigen Session zu den in Frage stehenden Zwecken bewilligt hat.

In **Norwegen** hat das **radikale Ministerium Steen** sein Amt angetreten. Man prophezeit ihm keine lange Lebensdauer und auch im Ministerium selbst ist man auf die eventuelle Nothwendigkeit gefaßt, bald zurückzutreten, deshalb wird die Hauptkraft auf die Durchsetzung des wichtigsten Programmpunkts der radikalen Partei, des allgemeinen Wahlrechts, konzentrirt. Im Herbste finden in Norwegen die Neuwahlen statt, von deren Ausfalle die künftige Politik in diesem Lande abhängen wird. —

Ein **enormer Skandal**, der mit den **italienischen Kolonial-Massenmorden** in **Massauah** so ziemlich auf gleicher Stufe steht, wird aus **Serbien** gemeldet. Unter König Milan's Regiment waren in jenem Lande Verschwörungen nicht selten — wie übrigens auch heute noch, und wie auch in anderen Ländern. Bei einer solchen Gelegenheit wurden mehrere der Schuldigen oder Angeschuldigten verhaftet, und kamen einige derselben, darunter zwei Damen, auf geheimnißvolle Weise im Kerker ums Leben. Jetzt, nachdem man längst geglaubt, daß Gras über die Sache gewachsen sei, beschuldigt nun der inzwischen ex-gemachte Milan seinen damaligen Minister **Gareschanin**, die beiden Damen im Gefängniß **ermordet** zu haben. Und Gareschanin giebt seinem ehemaligen Herrn und Gebieter die Anklage zurück, und sagt ihm in's Gesicht, **er**, Milan, habe selber die Morde verübt und nennt ihn — den Milan — einen „Vorgänger Jacks des Aufschlitzers". Auch sonst traktirt der Ex-Unterthan seinen Ex-König mit Redensarten der hanebüchensten Art, wie sie höchstens in Bordellen und Matrosenkneipen der niedersten Sorte gehört zu werden pflegen.

Vermuthlich haben **Beide** Recht, wenn sie einander für Lumpen und Schurken erklären. Und da denke man: Der Eine der Beiden war Jahrzehnte lang König, und der Andere längere Zeit sein Minister — kurz Personen, die ein jeder „Unterthan" als höhere Wesen zu betrachten und denen er blinde Verehrung und blinden Gehorsam zu zollen gezwungen war. Die inbrünstigste Loyalität wird nicht leugnen, daß derartige Vorkommnisse geeignet sind, die eifrigsten Anhänger der Monarchie stutzig zu machen, und der Republik, die in Serbien immer mehr an Boden gewinnt, Anhänger zuzuführen. —

Das **radikale serbische Ministerium**, das unter der Leitung des Exrevolutionärs Paschic steht, hat einen durchaus **reaktionären Preßgesetz-Entwurf** im Parlamente durchgedrückt. —

In **Griechenland** hat sich auf Grund des deutschen Parteiprogramms eine „**kommunistische Liga**" gebildet. —

Die friedliche Lösung der **Fischereifrage im Behringsmeere** scheint jetzt ganz außer Zweifel zu sein. Die Frage wird einem Schiedsgerichte unterbreitet werden. Es scheint nur noch die Frage zu bestehen, ob man die schweizer oder die belgische Regierung mit dem Schiedsgericht betrauen soll. Es scheint aber der Schweiz die ehrenvolle Mission zugedacht zu werden. —

In **Canada**, der großen „Kolonie", die den Engländern noch in Amerika geblieben ist, haben Neuwahlen stattgefunden, und zwar unter ziemlicher Aufregung, weil die Frage der Loslösung von dem Mutterlande wieder mit ziemlicher Lebhaftigkeit in den Vordergrund gekommen war. Wir sagen „wieder", denn die Frage ist alt und taucht jedesmal auf, wenn irgend ein Streitfall zwischen England und den Vereinigten Staaten vorliegt. Diesmal war der Streitfall um die Fischerei im Behrings-Meer. Die Lostrennungs-Partei siegte nicht, gewann aber bei der Wahl 25 Stimmen, und die Majorität für die Regierung ist von 50 auf die Hälfte zusammengeschmolzen. Da inzwischen der Streit ums Behrings-Meer all seine Gefährlichkeit verloren hat und unzweifelhaft zu schiedsrichterlicher Erledigung gelangen wird, so hat es mit der Lostrennung einstweilen keine Eile. Die Amerikaner können warten — und die Kanadier, die thatsächlich so frei sind, wie die Amerikaner, können auch warten. Ueber kurz oder lang wird der Anschluß an die Vereinigten Staaten ganz von selbst und voraussichtlich ohne jeglichen Konflikt mit dem Mutterlande erfolgen. —

Das „**Größer-Britanien**", von dem einige Schwärmer träumten und das England mit all seinen Kolonien zu einem riesigen Reich vereinigt umfassen sollte, wird allem Vermuthen nach niemals — auch nicht auf die kürzeste Zeit — in das Leben treten. Die Zentrifugalkraft (Streben vom Mittelpunkte weg) ist in den englischen Kolonien entschieden, weit stärker als die Zentripetalkraft (das Streben nach dem Mittelpunkt zu). Nicht bloß in Kanada sehen wir dies, sondern auch in **Australien**, wo die Versuche zur Gründung von Vereinigten Staaten **Australiens** wohl in nächster Zeit von Erfolg gekrönt sein dürften. Und diesen Beispielen können wir noch ein Drittes hinzufügen: die Versuche zur Herbeiführung eines **Bundes der südafrikanischen Kolonien Englands**, die sich zu **Vereinigten Staaten Südafrikas** zusammenschließen sollen, und sicherlich in nicht zu ferner Zukunft auch **werden**. Ohne Kanada, Australien und Südafrika wäre „Größer-Britannien" aber eine lächerliche Phrase. Es bleibt freilich das **Indische Riesenreich**, indeß daß auch dieses mit seiner inneren Entwickelung der englischen Herrschaft entwachsen wird, liegt in der Natur der Dinge. —

Ein Reuter'sches Telegramm berichtet aus **Chile** über einen hartnäckigen Kampf zwischen den Regierungstruppen und den Truppen der Kongreßpartei, der einen für die Kongreßtruppen siegreichen Ausgang gehabt haben soll. Die Regierung von Uruguay solle ihre Vermittelung angeboten haben. —

Korrespondenzen und Parteinachrichten.

Lüneburg. Den hiesigen Wirthen, welche Arbeiterblätter in ihren Lokalen ausliegen haben, ging dieser Tage folgendes Schreiben zu:

„Herrn Restaurateur N. N.

Lüneburg.

Es ist zur Kenntniß des Garnison-Kommandos gelangt, daß in Ihrem Lokal sozialdemokratische Zeitungen ausliegen. Sie werden aufgefordert, bis zum 12. d. M. hierunter zu erklären, ob Sie gewillt sind, in Zukunft keine sozialistischen Zeitungen oder Zeitschriften in Ihrem Lokal auszulegen. Erfolgt diese Erklärung nicht, so wird vom genannten Tage ab Ihr Lokal den Unteroffizieren und Mannschaften der Garnison verboten werden.

Brinkmann,
Oberst-Lieutenant und Garnisonältester."

Als „groben Unfug" haben verschiedene Gerichtshöfe es charakterisirt und bestraft, wenn Arbeiter aus irgend welchem Grunde irgend welche Geschäftsleute boykottiren. Ob auch dieser militärische Boykott unter den „groben Unfugsparagraphen" fällt, das weiß allein der Staatsanwalt, dem wir die Sache zur Beachtung empfehlen. Die allgemeinen Strafgesetze dürften denn doch auch wohl für Militärpersonen vorhanden sein. Im Uebrigen sollte man, wenn man den Wirthen, welche sozialistische Zeitungen halten, den Militärbesuch entzieht, von ihnen auch keine Steuern zur Unterhaltung des Militärs einziehen.

* * *

Drochtersen. Die Drochtersener Bauern sollen nun doch nicht so leichten Kaufes davon kommen, wie es nach dem Urtheil der Strafkammer des Stader Landgerichts schien. Von den bei der Wahl im vorigen Jahre mißhandelten und verletzten Hamburgern ist jetzt, wie aus Hamburg mitgetheilt wird, eine Privatklage eingeleitet worden, um die Knüppelhelden zu Entschädigungen zu zwingen. Den Verletzten steht eine ganze Reihe von Zeugen zur Verfügung, deren Vernehmung und Ladung der Stader Staatsanwalt nicht für nöthig gehalten hat, deren Aussagen in dem nunmehr angestrengten Prozeß aber unzweifelhaft den Drochtersener Bauern sehr unangenehm werden können. Möglicherweise werden dabei Momente zu Tage gefördert, welche eine Wiederaufnahme des Strafprozesses zur Folge haben dürften. — Der Ausgang der Verhandlung von der Stader Strafkammer hat übrigens allseitig befremdet, was auch die Veranlassung war, daß ein ausführlicher Bericht über diese Gerichtssitzung dem preußischen Justizministerium eingesandt wurde. Welchen Erfolg dieser Schritt haben wird, bleibt abzuwarten. Auf jeden Fall aber wird die Privatklage energisch betrieben.

* * *

Hamburg, den 9. März. Wegen Majestätsbeleidigung hatte sich heute der Zimmermann A. Ch. Bringmann aus Quedlinburg, in Hamburg wohnhaft, vor dem hiesigen Landgericht zu verantworten. Er soll in einer öffentlichen Zimmerer-Versammlung, welche am 22. Januar in Altona stattfand, in Bezug auf die kaiserlichen Erlasse geäußert haben, dieselben seien nur eine Maske, hinter welcher der Wolf zum Vorschein gekommen sei. So lauten wenigstens die Aussagen und die schriftlichen Notizen des Zeugen, Ober-Polizeisergeant Bartel. Der Angeklagte sowohl, wie die zwei übrigen Zeugen bestreiten ganz entschieden, daß die Aeußerungen in solchem Zusammenhange geschehen seien. Die Wendung von der Maske und so weiter sei in Bezug auf das Verhalten der verschiedenen Parteien gefallen. Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Dr. Berthold, weist aus dem Notizbuch des Zeugen Bartel, welches den Akten beiliegt, Verschiedenes nach, was als zweifellos unrichtig anzusehen sei. Aus seinen Aufzeichnungen ergäbe sich für ihn eine so bedeutende Unzuverlässigkeit in Bezug auf die Angaben dieses Zeugen, daß er die kostenlose Freisprechung des Angeklagten beantrage. Der Staatsanwalt hatte einen Antrag auf zwei Jahre Gefängniß gestellt. Das Gericht erklärt, die Glaubwürdigkeit des Zeugen Bartel nicht anzweifeln zu wollen, hält aber einen Irrthum desselben nicht ausgeschlossen und spricht den Angeklagten frei.

* * *

Neustadt in Holst. „Ein sozialistischer Kindererzieher". Unter dieser Spitzmarke wird dem „Hamb. Korresp." von hier gemeldet: „Vor Kurzem wurde der Lehrer in Schlagsdorf a. Fehmarn seines Amtes entsetzt. Derselbe hatte seine Schüler längere Zeit mit sozialistischen Vorträgen unterhalten und erklärte auch seiner Schulbehörde gegenüber gleich, daß er zur sozialistischen Partei gehöre. Jetzt ist derselbe nach Berlin übergesiedelt." — Die Angaben stimmen. Es handelt sich um den Genossen Siewers, der sich z. Z. in Berlin aufhält.

* * *

Mannheim, den 9. März. Das Komitee unserer Partei zur Betreibung der Landtagswahlen beruft zur gemeinsamen Besprechung der Agitation und Organisation die Parteikonferenz für den 11. badischen Reichstags-Wahlkreis auf den 15. d. Mts. nach Mannheim.

* * *

Thalheim in Sachsen. Ein großes Unglück verhindert. In Thalheim bei Chemnitz sind die Sozialdemokraten im Gemeinderathe stark vertreten. Die Folge hiervon zeigte sich bei einem Streik, denn es wurde der Antrag gestellt, die Streikenden aus der Gemeindekasse zu unterstützen. Darob gewaltiges Entsetzen bei den „Ordnungsleuten". Der Gemeindevorstand fand aber einen Ausweg. Er unterrichtete bei der königlichen Amtshauptmannschaft Anzeige, und diese entschied, daß ein solcher Antrag überhaupt nicht zulässig zu erachten sei. Weshalb nicht? wird leider nicht berichtet. Uns scheint, daß ebensogut wie Beiträge zur Errichtung von Denkmälern aus Unterstützungen der Streikenden aus Gemeindemitteln zu bewilligen zulässig sein sollten.

* * *

Aus Schneeberg wird der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung" geschrieben: Genosse Erth hielt im Juli v. J. hier einen Vortrag über „Glaube, Wunder, Wissen, Macht." Er wurde auf Grund verschiedener Aeußerungen angeklagt, religiöse Gebräuche verspottet zu haben. Die dritte Strafkammer des Zwickauer Landgerichts erkannte auf Freisprechung, das Reichsgericht hob jedoch das Urtheil auf und wies die Sache an das Landgericht zurück. Nunmehr hat dieselbe Strafkammer, die ihn freigesprochen hatte, auf 6 Monate Gefängniß erkannt."

Theater.

Freitag, den 13. März.

Opernhaus. Die Meistersinger von Nürnberg.
Schauspielhaus. Der neue Herr.
Lessing-Theater. Thermidor.
Berliner Theater. Arbeit.
Deutsches Theater. Faust's Tod.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Der Vogelhändler.
Wallner-Theater. Miß Helyett.
Residenz-Theater. Der selige Toupinel. Vorher: Die Schulreiterin.
Viktoria-Theater. Die sieben Raben.
Belleallianceſ-Theater. Gavaut, Minard & Co.
Ostend-Theater. Dorf und Stadt.
Thomas-Theater. Der Registrator auf Reisen.
Adolph Ernst-Theater. Adam und Eva.
Kaufmann's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Concordia. Große Spezialitäten-Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Große Vorstellung.
Gebr. Richter's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Wintergarten. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Englischer Garten.

Direktion: **C. Andress**, Alexanderstraße 27c.
Fräulein **Liri Armani**, schwedische Chansonette.
Umberto Bozza, Produktionen auf dem Piedestal.
Frl. **Lilli Nora**, deutsche Kostüm-Soubrette.
Die berühmte **Borza-Truppe**, Parterre-Akrobaten.
Hr. **Paul Jülich**, Gesangshumorist.
Kathi und **Pepi Wolter**, Gesangs-Duettisten.
Ballet-Gesellschaft **Menni**, 6 Perf.
Anfang Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 5½ Uhr.
Entree Wochentags u. Sonntags 30 Pf. 50 Pf. und 75 Pf., im Vorverkauf 20 und 30 Pf.

Etablissement Buggenhagen

am Moritzplatz.
Täglich:
Unterhaltungs-Musik.
Direktion **A. Rödmann.**
Dienstag und Freitag: **Walzer-Abend.**
Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
Spezial-Ausschank von Patzenhofer Export-Bier, Seidel 15 Pf.
641 **F. Müller.**

Gratweil'sche Bierhallen

Kommandantenstr. 77—79.
Täglich:
Grosses Concert
ausgeführt von der Kapelle des Musik-Direktor H. Sanftleben
unter Mitwirkung des Opernsängers u. Konzertmalers Signor **Travieki** aus Rom.
Neu! Neu!
Empfehle zugleich meinen Frühstücks- und reichhaltigen Mittagstisch, sowie 6 Billards, 3 Kegelbahnen und einen Saal zu Vergnügungen und Versammlungen.
703 **F. Sodtke.**

Passage-Panopticum.

Unter d. Linden 22/23.
Knabe mit 2 Köpfen.
Amerikanerin m. 25 cm langem Vollbart.
11—1 Uhr. 5—9 Uhr.

Castan's Panopticum.

Jetzt: Friedrichstr. 165.
Neu:
Azteken.
Prof. Dr. R. Koch
im Laboratorium.
Geöffn. v. 9 Uhr früh bis 10 Uhr Abends.
Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.

Welt-Restaurant.

97. Dresdenerstraße 97.
Täglich Auftreten der
Norddeutschen Sänger
(7 Personen)
sowie der Konzert-Sängerin Fräulein **Elise König** und **Geschw. Waldmann.**
Auftreten des Humoristen **Herrn Runkel.**

Berl. Bock-Brauerei,

Tempelhofer Berg.
Täglich:
Alt-Berlin auf d. Bock.
Humoristisch-historischer Rückblick zur Feier der
Bock-Saison 1891,
verbunden mit gr. **Militär-Konzert.**
Anfang:
Wochentags 5 Uhr, Sonntags 4 Uhr.
Berl. Original-Bockbier in Flaschen, direkt von der Brauerei, 20 Flaschen für 3 M. Pfand frei.

Dienstag, den 31. März:
Abschieds-Vorstellung.

Circus Schumann.

Friedrich-Karl-Ufer.
Heute Abend 7½ Uhr: Große Vorstellung mit neuem, vorzüglich gewähltem Programm. Auftreten der besten Reiter und Reiterinnen. Reiten und Vorführen der bestdressirten Schul- und Freiheitspferde. Komische Entrees sämmtlicher Klowns.
Zum Schluß der Vorstellung:
Die Marionetten.
oder:
Täuschungen in ein. Damen-Pensionat.
Sensationelle Wasserpantomime.
Circus unter Wasser.
Sonnabend: Große Klown- und Benefiz-Vorstellung für den beliebtesten Klown Berlins Herrn Tanti. Gänzlich neue Ueberraschungen und Intermezzos des Benefizianten.
Zum Schluß der Vorstellung:
Circus unter Wasser.
Sonntag: 2 Vorstellungen 5½ und 7½ Uhr.
In beiden Vorstellungen: **Circus unter Wasser.**

Geschäftshaus S. Heine.
Chausseestraße 14
Die schönsten
Kinder-Kleider
für Mädchen jeden Alters, sowie
Morgenröcke, Unterröcke, Trikottaillen u. Blousen
auch im Einzelverkauf sehr billig!
Massbestellungen u. Reparaturen werden prompt erledigt!
Chausseestraße 14
Geschäftshaus S. Heine.

Den Parteigenossen
empfehle ich mich zur Anfertigung gut sitzender **Herren-Garderobe.**
A. Böttcher, Schneidermeister,
Färbringerstr. 36. [382L

Sophabezüge!
Reste in Rips, Damast, Granit, Plüsch u. bunt. Stoff. **spottbillig.**
Emil Lefèvre, Oranienstr. 158.
Proben franko!
[275 L

Casseler Rippespeer à Pfd. 70 Pf.
Schweinepökelkamm à „ 60 „
Ger. Schweineköpfe à „ 40 „
Alle Sorten Wurst offerirt [333L
A. Pechmann,
48. Reichenbergerstraße 48.

Platinabfälle, 871
Gr. 1,10, bei gr. Posten **1,20** kauft
Rob. Linke, Neue Hochstr. 25.

Kinderwagen. Das gr. Lager Berlins **Andreasstr. 23,** H.-p.

Rohtabak **A. Goldschmidt,** Spandauerbrücke 6, am hiesigen Platze bekanntlich **Größte Auswahl. Garantirt sicher brennende Tabake.** Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager. **A. Goldschmidt,** Spandauerbr. 6, am Lacke'schen Markt. [746

Arbeiter-Gesang-Vereinen
halte zur Abhaltung von Festen folgende Kompositionen meines Verlags freundlicher Beachtung empfohlen:
Clem. Zahn: „Aufruf". Gedicht v. Herwegh. Part. u. St. 1 M., jede St. 15 Pf.
Clem. Zahn: Drei Lieder: Georg Herwegh: Das freie Wort. Heinr. Heine: Die Erleuchtung. Em. Geibel: Gondolera. Part. u. St. 2 M., jede St. 25 Pf.
La Marseillaise: Deutscher Text von Audorf. Arrangirt von E. Kirsch. Part. u. St. 1 M., jede St. 15 Pf.
Carl Hunger: Tolle Streiche. Großes humoristisches Potpourri.— Part. u. St. 2,60 M., jede St. 40 Pf.
J. Günther. 297L
Dresden, Ziegelstraße 24.
Buch- u. Musikalien-Sortiment.
Spezialität: Arbeiterlieder.

Unsern Freunden und Genossen **Gust. Mieker** und **Alb. Wilde** zum Wiegenfeste ein donnerndes Hoch!
930 b] **Die Freunde aus der Freien Vereinigung der Kaufleute.**

Den **Carl Beckmann**'schen Eheleuten zu Neu-Dresden bei Kriescht zu ihrer goldenen Hochzeit die besten Glückwünsche! 934 L
Mehrere Rothen der Ethischen Gesellschaft.

Für die zahlreichen Kranzspenden und Beweise der Liebe und Theilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Schriftsetzers **Otto Driemer,** sage allen Betheiligten meinen tief empfundenen Dank.
937 b Wwe. **Driemer.**

Bildhauer!

Am **Sonntag, den 15. März,** Abends 7 Uhr, findet eine
öffentl. Versammlung
der Bildhauer und deren Angehörigen in den **Gratweil'schen Bierhallen,** Kommandantenstr. 77/79, statt.
Tagesordnung:
1. Vortrag von **Dr. Lütgenau:** „Vom Erziehen." 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Nach der Versammlung:
Geselliges Beisammensein.
Zur Deckung der Unkosten wird eine Tellersammlung erhoben.
117/8 **Der Einberufer.**

Freie Vereinigung der Maurer von Steglitz und Umgegend.

Sonntag, 15. März, Nachm. 1 Uhr:
Gr. General-Versammlung
im Kurhaus Friedenau.
Tagesordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Kassenbericht. 4. Wahl eines Revisors. 5. Verschiedenes.
Mitglieder werden aufgenommen.
Um zahlreichen Besuch ersucht
Der Vorstand.
243/1 J. A.: H. Schubel.

Orts-Krankenkasse der Tabakfabrik-Arbeiter.
Sonntag, den 29. März cr., Abends 8 Uhr, nach der Kassenauflage im Kassenlokal, Landsbergerstraße 31, bei **Muschold:**
General-Versammlung.
Tagesordnung: Bericht der in der vorjährigen General-Versammlung gewählten 3 Revisoren. Decharge-Ertheilung dem Rendanten u. dem Vorstande.
Es ladet ergebenst ein
5/88 M **Der Vorstand.**

Filiale Berlin 5.
Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metall-Arbeiter (Eing. H. 29 Hamburg)
sowie **Zentralkasse Vulkan.**
Sonnabend, den 14. März, Abd. 9 Uhr, bei Zemter, Münzstr. 11.
Versammlung
Tagesordnung: 928 b
1. Kassenbericht. 2. Aufstellung der Delegirten zur Generalversammlung. 3. Verschiedenes.

Orts-Krankenkasse f. d. Tapezier-Gewerbe z. Berlin
Die Versammlung sämmtlicher großjähriger Kassenmitglieder zur Wahl der Delegirten zur General-Versammlung findet am Sonntag, dem 15. März 1891, Vormittags 10 Uhr, bei Lammers, Kommandantenstr. 71—72, statt. Das Quittungsbuch ist als Legitimation vorzuzeigen. 929b
Die Versammlung der Herrn Arbeitgeber, welche Beiträge aus eigenen Mitteln zur Kasse zahlen, findet ebenfalls am Sonntag, den 15. März, Vormittags 10 Uhr, Niederwallstr. 11, statt.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**

Zentral-Krankenkasse der Töpfer.
Den Mitgliedern zur Kenntniß, daß die **Zahlstelle Nr. 5,** bisher Schönhauser Allee Nr. 21, sich vom 14. März ab **Templiner-Straße Nr. 12** bei **Wartig** befindet. 318/2
Otto Minzapost,
Bevollmächtigter, Rügener-Straße 30.
Vom 1. April d. J. ab N. Straße 30 Nr. 42, Seitenflügel 1 T.

Dr. Hoesch, homöopath. Arzt Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10

Ich bedaure, Frau **Anna Wolf,** geb. Grieser, verleumdet zu haben, erkläre sie vielmehr für eine ehrenhafte Frau.
941 b Frau **Böttcher.**

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren.
eigener Fabrik. Gr. Lager, bill. Preise.
Emil Heyn,
Brunnenstraße 28, Hof parterre.
Theilzahlung nach Uebereinkunft.

Große öffentliche
Volks-Versammlung
für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis
am Freitag, den 13. März, Abends 8 Uhr,
im großen Saale der Brauerei „Tivoli".
Tages-Ordnung: 336/4
1. **Die Maifeier der Arbeiter.** Referent Hr. **Richard Fischer.** 2. Diskussion. 3. Wie stellen wir uns zur Feier des 1. Mai? 4. Wahl zweier Mitglieder zur Lokalkommission. 5. Verschiedenes.
Zur Deckung der Unkosten findet Tellersammlung statt. Der wichtigen Tagesordnung halber ersucht um zahlreiches Erscheinen **Der Vertrauensmann.**

Heute, Freitag, pünktlich 10½ Uhr:
Große öffentliche Versammlung
für die Gehilfen i. Colonialwaaren-Geschäften und Cigarrenhandlungen.
in Deigmüller's Salon, Alte Jakob-Straße Nr. 48a.
Tagesordnung: 188/7
Die Sonntagsruhe im kaufmännischen Gewerbe. Referent: Kollege August Hintze. Diskussion. Verschiedenes.
Um weiteste Verbreitung dieser Anzeige in den betreffenden Geschäften werden alle Leser dieser Zeitung gebeten. **Der Einberufer.**

Verein zur Wahrung der Interessen der Klavierarbeiter u. verwandt. Berufsgenossen
Sonnabend, den 14. März, Abends 8½ Uhr, in Keller's Salon, Bergstr. 68.
Mitglieder-Versammlung für den Norden.
Tages-Ordnung: 136/21
1. Unternehmer-Verbände und Arbeiter-Organisation. Referent Dr. Lütgenau. 2. Diskussion. 3. Bericht über den Streik. 4. Vereins-Angelegenheit, Verschiedenes.
Der Vorstand.

Große öffentliche Versammlung
zu Gunsten der freireligiösen Gemeinde
Freitag, den 13. März, Abends 8¼ Uhr, im großen Saal des Böhmischen Brauhauses, Landsberger Allee 13—16.
Vortrag von 934 b
Frau Henrich-Wilhelmi:
Das Verhältniss des Freidenkerthums zur sozialen Frage.
Nach dem Vortrag freier Meinungsaustausch.

Achtung! Achtung!
Große öffentliche Versammlung
für Frauen u. Männer
Sonntag, den 15. März, Mittags 12½ Uhr, in der Volksbrauerei (unterer Saal), Alt-Moabit 47—49.
Tages-Ordnung: 153/17
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Nach der Versammlung gemüthliches Beisammensein, verbunden mit Tanz. — Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht. — Zur Deckung der Unkosten findet Tellersammlung statt. **Der Einberufer.**

Fachverein der
Marmor- und Granit-Arbeiter.
Sonntag, den 15. März, Vorm. 10½ Uhr, bei Deigmüller, Alte Jakobstr. 48a.
Mitglieder-Versammlung
Tages-Ordnung: 922b
1. Wahl von zwei Revisoren zum Generalfonds. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**

Nr. 11 der
„Berliner Volks-Tribüne"
ist auf 336 L
rothem Papier
gedruckt und gänzlich der Schilderung des
Kommune-Aufstandes
gewidmet. Preis der Einzel-Nummer 15 Pf. Spediteure erhalten hohen Rabatt. Bestellungen sind zu richten an die Expedition d. **„Berliner Volks-Tribüne",** Berlin SO (26), Elisabethufer 55.

Verlag des „Vorwärts" Berliner Volksblatt
Berlin **SW.,** Beuthstraße 3.

Nachstehende Schriften zur Religion und Philosophie halten wir dauernd auf Lager und sind dieselben zu den beibemerkten Preisen von uns zu beziehen.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt!

Bebel, A., Glossen zu Yves Guyot's und Sigm. Lacroix's: „Die wahre Gestalt des Christenthums" . . . . . 0,15 M.
Christenthum und Sozialismus. Eine religiöse Polemik . . 0,10 „
Dietzgen, Jos., Streifzüge eines Sozialisten in das Gebiet der Erkenntnißtheorie . . . . . 0,25 „
Dodel-Port, Moses oder Darwin? 3. Aufl. . . . . 1,— „
Douai, A., ABC des Wissens für die Denkenden. 4. Aufl. 0,15 „
— Antwort an die Bekenner des Theismus . . . . . 0,10 „
Dühring, E., Kritische Geschichte der Philosophie. 2. Aufl. 9,— „
— Der Werth des Lebens. 2. Aufl. . . . . 6,— „
Engels, Fr., Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie . . . . . 0,50 „
Guyot u. **Lacroix,** Die wahre Gestalt des Christenthums. 2. Aufl. . . . . 0,30 „
Heigl, F., Spaziergänge eines Atheisten. 5. Aufl. . . . 0,60 „
Jacoby, Leop., Die Idee der Entwicklung. 2. Aufl. 2 Bde. 3,20 „
Krasser, Fr., Marseillaise d. Christenthums. (100 Ex. 2 M.) 0,05 „
Lassalle, Ferd., Die Philosophie Fichte's und die Bedeutung des deutschen Volksgeistes . . . . . 0,10 „
Lommel, G., Jesus von Nazareth. 12. Aufl. . . . . 0,30 „
— Johannes Huß. 7. Aufl. . . . . 0,25 „
Marx, Karl, Das Elend der Philosophie . . . . . 3,50 „
Stern, J., Die Philosophie Spinoza's. brosch. 1 M., geb. 1,50 „
— Die Religion der Zukunft. 3. Aufl. . . . . 0,50 „
— Halbes und ganzes Freidenkerthum. 2. Aufl. . . . . 0,15 „

Verantwortlicher Redakteur: Curt Baake in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2.

Hierzu eine Beilage.

Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 61. Freitag, den 13. März 1891. 8. Jahrg.

Arbeiter Berlins! Gedenkt der ausgesperrten deutschen Arbeiter!*)

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

87. Sitzung vom 12. März. 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrathes: von Bötticher, von Maltzahn, Hollmann.

Die zweite Berathung des Reichshaushalts-Etats für 1891—92 wird fortgesetzt; es stehen noch aus die einmaligen Ausgaben für den Bau von 2 Panzer-Fahrzeugen S und U, erste Raten von je 1 000 000 M. Die Kommission beantragt nach nochmaliger Berathung die Bewilligung dieser beiden ersten Raten und will ferner dem Nachtragsetat, welcher bestimmt ist, den zur Einlösung des April-Kupons erforderlichen Betrag von 10 225 000 M. aus dem Etatsjahr 1890—91 verfügbar zu machen, einen Zusatz geben, wonach die einmalige Ausgabe für den Bau einer Panzerkorvette K, im Etat 1890—91 bewilligte erste Rate von 2 300 000 M., in Wegfall kommen soll und als erspart nachzuweisen ist.

Staatssekretär **v. Bötticher:** Der Beschluß ist erst gestern gefaßt und gestern Abend erst bei der Reichsverwaltung bekannt geworden. Es ist deshalb nicht möglich gewesen, einen Meinungs-Austausch bei den verbündeten Regierungen herbeizuführen, ob sie geneigt sind, diesen Beschluß auch ihrerseits zu genehmigen. Ich kann deshalb namens der verbündeten Regierungen eine Erklärung nicht abgeben. Dagegen bin ich in der Lage erklären zu können, daß die preußische Regierung diesem Beschlusse zustimmt. Weiter kann ich erklären, daß die preußische Regierung auch für die Annahme dieses Beschlusses im Bundesrathe eintreten wird. Ich zweifle danach für meine Person nicht, daß der Bundesrath ebenfalls keine Ablehnung dieses Beschlusses wird eintreten lassen. Die Berichte lassen darüber keinen Zweifel, daß, wenn nicht unvorhergesehene Ereignisse eintreten, der Nordostseekanal im Frühjahre 1895 vollendet sein wird. Die preußische Regierung sieht daher ein nothwendiges Bedürfniß darin, bis zu diesem Augenblicke diese beiden Panzerfahrzeuge fertigzustellen.

Abg. **Sperlich** (Z.) erklärt namens der überwiegenden Mehrheit seiner Freunde, daß sie für den Antrag der Kommission stimmen würden. Herr Windthorst habe verlangt, daß nicht blos ein kalkulatorisches, sondern ein wirkliches Aequivalent für diese Bewilligung geboten werde. Dieses Aequivalent liegt darin, daß eine im laufenden Etat bewilligte Panzerkorvette ganz beseitigt wird.

Abg. **Rickert** (dfr.): Ich nehme an, daß Herr v. Bötticher seine heutige Erklärung bei der dritten Lesung im Namen der übrigen verbündeten Regierungen wiederholen wird. Es ist eine ungewöhnliche Situation, daß eine bereits bewilligte Baurate wieder beseitigt wird; allein das liegt in den Verhältnissen, und anders konnte ein für beide Theile annehmbarer Vergleich nicht herbeigeführt werden. Dieser Vergleich kommt Denen entgegen, welche die Frage der Angriffs-, der Kaperflotte nicht so beantworten wollen, wie die Mehrheit des Reichstags vor zwei Jahren. Die Panzerfahrzeuge hätten wir ja wohl einstimmig bewilligt, weil dieselben dem Küstenschutze dienen. Aber die Frage der Panzerkorvetten, der Kreuzer, war für uns eine offene, und wir werden uns die Freiheit wahren, über die Kreuzerkorvetten besondere Erwägungen anzustellen. Ich habe den Chef der Marineverwaltung so verstanden, daß das Modell für die Panzerfahrzeuge vollständig feststeht, daß Verhandlungen nur über die Armirung schweben. Der Chef der Marineverwaltung nickt mir zu, ich nehme also an, daß meine Vermuthung richtig ist. Ferner habe ich gehört, daß bei der Ablehnung der Kanonenboote die Arbeiten auf einer Werft eingestellt und Hunderte von Arbeitern entlassen werden müßten. Wir müssen dahin streben, daß die Arbeiten der Werft einen gewissen normalen Stand behalten. Wenn die Regierung wieder eine Kreuzerkorvette bei uns beantragt, dann wird sie uns auch ein Modell und eine Beschreibung der Konstruktion vorlegen müssen, weil auf diesem Gebiete gerade sehr tief einschneidende Aenderungen eingetreten sind.

Abg. **Richter** (dfr.): Die Gründe für meine Ablehnung des Kompromisses sind von mir schon am Sonnabend dargelegt worden. Die Kompensation ist durchaus keine vollständige, wenn dies auch für die erste Rate der Fall zu sein scheint; denn eine Panzerkorvette kostet nur drei Viertel von dem, was zwei Panzerfahrzeuge kosten. Die Bewilligung für eine Panzerkorvette bleibt ja auch bestehen, und dadurch wird die Kritik späterer ähnlicher Forderungen erschwert. Die größere Beschränkung der Bewilligungen wird am besten beitragen, in die Arbeiten der Werfte eine größere Stetigkeit zu bringen. Die Ablehnung aller ersten Raten würde die Willenserklärung bedeuten, daß es mit der Marine nicht wie früher weiter gehen soll. An die Stelle dieses generellen Protestes stehen Tauschgeschäfte über einzelne Schiffe. Dadurch werden Gegensätze augenblicklich applanirt, aber auch die Lösung für die Zukunft erschwert.

Abg. **Rickert:** Der Beschluß der Budget-Kommission bedeutet nach Herrn Richter eine Ablehnung des Fortfahrens in einem schnellen Tempo; an dieser Bedeutung ändert der jetzige Kommissionsantrag auch nicht das Geringste; damit werden die Herren aus den anderen Parteien mit mir einverstanden sein.

Darauf wird der Antrag der Budget-Kommission gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Volkspartei und eines kleinen Theils der freisinnigen Partei (Richter, Schmieder, Hermes, Munckel, Maager, Träger, Langerhans) angenommen. Die Anleihe und die Matrikularbeiträge werden entsprechend diesen Beschlüssen anderweitig berechnet.

Darauf wird das Anleihegesetz und Etatsgesetz ohne weitere Debatte genehmigt. Damit ist die zweite Lesung des Reichshaushalts-Etats erledigt.

Es folgt die zweite Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Abänderung des Patentgesetzes. Abg. Graf Ballestrem beantragt auf Anregung von allen Parteien, die Vorlage, wie sie aus der Kommission hervorgegangen sei, en bloc anzunehmen. Da ein Widerspruch nicht erfolgt, so wird dieses abgekürzte Verfahren eingeschlagen und die Vorlage nach den Anträgen der Kommission genehmigt.

Abg. **Goldschmidt** referirt darauf über die Petitionen, welche zu diesem Gesetze in großer Zahl eingegangen und bei den einzelnen Punkten erledigt worden sind. Ueber die Petition wird in dritter Lesung Beschluß gefaßt werden.

Der weitere Antrag der Kommission: „Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, die Patentgebühren herabzusetzen, wenn die Einnahmen aus denselben die unmittelbaren und mittelbaren Ausgaben der Verwaltung dauernd und erheblich übersteigen“, wird zur Diskussion gestellt, es nimmt aber Niemand das Wort dazu. Die Abstimmung darüber wird ebenfalls in dritter Lesung erfolgen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Schluß 2¼ Uhr.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Dritte Lesung des Etats.)

Abgeordnetenhaus.

55. Sitzung vom 12 März. 11 Uhr.

Am Ministertische: Miquel und Kommissarien.

Die zweite Berathung des Gewerbesteuer-Gesetzes wird fortgesetzt.

Im § 81 wird die Gewerbesteuer kontingentirt: Uebersteigt das Veranlagungssoll für 1893 den Betrag von 19 811 350 M. um mehr als 5 v. H., so soll in dem Verhältniß des ganzen Mehrbetrages zu der genannten Summe eine Herabsetzung sowohl des Prozentsatzes für Klasse I, als auch der Mittelsätze für die Klassen II, III und IV, sowie der höchsten und niedrigsten Steuersätze, letzterer mit Ausnahme der Klasse IV stattfinden. Im Falle des Zurückbleibens soll eine entsprechende Erhöhung erfolgen. Nach einem von der Kommission beschlossenen Zusatz soll die Erhöhung durch königliche Verordnung außer Kraft gesetzt werden, sobald das Veranlagungssoll einschließlich der Betriebssteuer den Betrag von 19 811 350 M. zuzüglich einer Steigerung von 2 v. H. für jedes auf 1893—94 folgende Steuerjahr erreicht.

Abg. Dr. **Bachem** beantragt, den die Summe von zwanzig Millionen Mark zuzüglich 2 v. H. für jedes folgende Jahr überschreitenden Betrag zum Erlaß eines entsprechenden Betrages an Gewerbesteuer nach Monatsraten, zunächst für die Klasse 4 bis zur Höhe von sechs Monatsraten, darüber hinaus zum gleichmäßigen Erlaß von Monatsraten aller übrigen Gewerbesteuerpflichtigen zu verwenden.

Abg. **Stengel** (freik.) bekämpft das Prinzip der Kontingentirung und bittet, den § 81 abzulehnen. Zweifellos würden die größeren Gewerbetreibenden durch eventuelle Erhöhung des Prozentsatzes eine ungerechte Belastung erfahren.

Abg. **v. Rauchhaupt** (k.) tritt für die Kommissionsbeschlüsse und deren unveränderte Annahme ein. Die Befürchtung, daß der Betrag überhaupt unter 20 Millionen Mark sinken werde, sei schon durch die verschärfte Einschätzung ausgeschlossen. Eins aber sei in der That unverständlich, warum nämlich das Gesetz erst 1893—94 in Kraft treten soll. Sie müsse gleichzeitig mit der Einkommensteuer zur Einschätzung gelangen, sonst würde das von der Regierung fest versprochene Kommunalsteuer-Gesetz und gesetzliche Regelung der verschiedenen Besteuerung des fundirten und nichtfundirten Einkommens verzögert werden.

Abg. **vom Heede** (natl.) beantragt die Streichung des § 81, da die von der Kommission angenommene jährliche Steigerung von 2 v. H. erst seit 1886 eingetreten sei und ein Zurückbleiben hinter dem Kontingentsbetrage die schon von dem Abg. Stengel erwähnte Belastung namentlich der größeren Industriellen zur Folge haben werde.

Finanzminister **Miquel:** Die Regierung hat ausdrücklich auf Mehrerträge aus den reformirten Steuern verzichtet und schlägt bei Mehrerträgen eine entsprechende Reduktion der Sätze vor, dagegen aber muß für einen Ausfall durch Erhöhung der Sätze vorgesorgt sein. Nach der ersten definitiven Veranlagung im Jahre 1893/94 hört jede Unsicherheit in dieser Beziehung auf. Ich rathe also dringend dazu, den § 81 so zu lassen, wie er ist. Unser direktes Steuersystem muß entwicklungsfähiger gemacht werden und entwicklungsfähig bleiben; wir sind in dem Verfahren, die Ausgabe des Staates auf schwankende Betriebseinnahmen zu verwenden, vielleicht schon zu weit gegangen.

Abg. **Stengel** ist mit dem ganzen Gesetze sehr zufrieden und bekämpft nur die für 1893/94 vorgeschlagene Kontingentirung, die gar nicht in das Gesetz gehöre.

Abg. **Bachem**-Kreseld: Wir haben schon viele Perioden gehabt, wo die Rentabilität der Industrie zurückgegangen ist; dem Vorschlag der Regierung, einen etwa eintretenden Ausfall durch Erhöhung der Sätze zu decken, können wir demnach nicht zustimmen. Ich will der Regierung ja auch die Möglichkeit lassen, die natürliche Entwickelung der Steuer im Interesse der Staatsfinanzen in Anspruch zu nehmen, wenn es nothwendig ist; so lange das nicht der Fall ist, sehe ich nicht ein, warum das Plus den Staatseinnahmen hinzutreten soll. Mein Antrag baut sich auf die Voraussetzung auf, daß die Staatseinnahmen, speziell die Eisenbahn-Einnahmen, einen regelmäßigen Fortgang nehmen werden, und diese Voraussetzung wird zweifellos eintreten. Gehen diese aber wirklich zurück, dann steht mein Antrag einer Inanspruchnahme der Gewerbesteuer seitens des Staates nicht entgegen.

Finanzminister **Miquel:** Ich würde keinen Augenblick anstehen, jetzt die Gewerbesteuer zur Kommunalsteuer zu machen, wenn mir Jemand die Mittel in die Hand gäbe. Dieses Kunststück hat aber noch Niemand fertig gebracht. Wir haben hier eine bestimmte Progression der Gewerbesteuer vorgeschlagen von ½ v. H. durch die vier Klassen bis zu 1 v. H.; mit der Größe des Geschäftsbetriebes wächst der Grund ihrer Besteuerung, da die größeren Betriebe eine viel größere Sicherheit in sich selbst tragen, als die kleineren; die Progressivsteuer ist also thatsächlich doch nur eine prozentuale Steuer. „Der Staat soll zur Zeit diese Einnahme nicht nöthig haben.“ Ich werde Herrn Dr. Bachem im nächsten Jahre bei der Budgetberathung an diesen Ausspruch erinnern. Für die Staatsfinanzen ist eine reine Quotisirung viel günstiger, als eine Kontingentirung, zu deren Aenderung jedes Jahr ein neues Gesetz nöthig werden könnte. Aus diesen Gesichtspunkten ist der Antrag Bachem der allerbedenklichste. Die Bestimmung des § 81 liegt gerade vorzugsweise im Interesse der Gewerbetreibenden selber. Wenn eine Erhöhung der Sätze wirklich stattfindet, soll sie nicht blos in Klasse I, sondern auch in den Mittelklassen stattfinden. Der Antrag Bachem würde die Kontingentirung verewigen.

Abg. **v. Rauchhaupt** tritt nochmals für den § 81 der Kommissionsvorschläge ein.

Abg. **Brömel** (dfr.): Die Abgg. Stengel und vom Heede wünschen Beide die Streichung des § 81, weil sie den etwaigen Ausfall nicht den Gewerbetreibenden, sondern der Staatskasse auferlegen wollen. Das ist ein weiterer Beweis, daß der Steuersatz für die größeren Betriebe zu hoch gegriffen ist. Wenn auch der Zusatz der Kommission zum § 81 der Vorlage der Regierung eine Verbesserung bedeute, so wäre doch der Annahme des Antrags Bachem der Vorzug zu geben. Er schlägt allerdings eine Kontingentirung, aber auch eine kontingentirte Steigerung vor, deren Bedeutung der Finanzminister doch allzu sehr unterschätzt.

Generaldirektor der direkten Steuern **Burghart:** Die im Antrag Bachem vorgeschlagene Kontingentirung ist allerdings eine sehr abgeschwächte; aber je unbedeutender die Sache finanziell ist, desto ungeeigneter ist sie zur Einführung in die Gesetzgebung; sie macht die größten Schwierigkeiten ohne einen besonderen Vortheil zu gewähren.

Bei der Abstimmung wird § 81 unter Ablehnung des Antrages Bachem in der Kommissionsfassung angenommen, desgleichen die §§ 82 und 83, Einleitung und Ueberschrift des Gesetzes. Die zu dem Entwurf eingegangenen Petitionen werden durch die gefaßten Beschlüsse für erledigt erklärt.

Die Novelle zum Erbschaftssteuer-Gesetz wird in dritter Lesung nach den Beschlüssen zweiter Berathung unverändert ohne Debatte definitiv angenommen.

Schluß nach 2 Uhr.

Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr (Etat: Allgemeine Finanzverwaltung, Ministerium für Handel und Gewerbe).

Parlamentarisches.

Der Abgeordnete Tutzauer hat heute dem Reichstage eine Petition gegen die Denaturirung des Spiritus überreicht, welche mit 16 420 Unterschriften versehen ist. —

Der Bundesrath hat in seiner heutigen Plenarsitzung die Vorlage betreffend die zu Brüssel am 2. Juli 1890 unterzeichnete Generalakte der Brüsseler Antisklaverei-Konferenz den Ausschüssen für Handel und Verkehr, für das Seewesen und für Justizwesen überwiesen und dem Ausschußbericht über einen Gesetzentwurf für Elsaß-Lothringen betreffend die Biersteuer zugestimmt.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Sitzung vom Donnerstag, den 12. März.

Der Vorsteher, Stadtv. Dr. Stryck, eröffnet die Sitzung um 5¾ Uhr mit einer Reihe geschäftlicher Mittheilungen. Sodann erfolgte in herkömmlicher Weise die Einführung des neu gewählten Stadtv. Frick.

Vor der Sitzung sind von den Abtheilungen einige Ausschüsse gewählt worden.

Nach Eintritt in die Tagesordnung wird in der Etatsberathung fortgefahren.

Der Etat der Gasanstalten giebt zu keinen Bemerkungen Anlaß und wird nach den Vorschlägen des Etats-Ausschusses genehmigt.

Bei dem Etat der Straßen-Beleuchtung bringt Stadtv. Tutzauer die Petition der Laternenanzünder zur Sprache, den er im Ausschuß bereits leider vergeblich vertreten haben. Die Laternenanzündern bitten, die Klasseneintheilung bei der Lohnzahlung in Fortfall kommen zu lassen. Bei der Aussichtslosigkeit der Annahme werde er (Redner) diese Forderung hier nicht aufnehmen, sondern sich nur auf den Antrag beschränken, die höhere Lohnklasse von 66 M. monatlich schon nach dreijähriger Dienstzeit den Laternenanzündern zu gewähren. Gegenwärtig dauere es bis zu 7 Jahren, bevor dieser Satz erreicht werde. Die Nebenbeschäftigung, welche die Laternenanzünder noch betreiben könnten, sei zu geringfügig, um den geringen Lohn für eine 7—8stündige tägliche Arbeitszeit zu rechtfertigen.

Der Berichterstatter des Ausschusses, Stadtv. Ramslau, macht dagegen geltend, es sei ein Ding der Unmöglichkeit, Arbeitern, die im freien Vertragsverhältniß stünden, überhaupt das Recht, einen bestimmten Lohn zu fordern, einzuräumen.

Der Antrag Tetzauer wird daraufhin gegen wenige Stimmen abgelehnt und der Etat genehmigt.

Bei dem Etat der Straßen-Reinigung beantragt Stadtv. Zubeil, den Lohnsatz der dritten Klasse bei den Straßenreinigern von 2,75 Mk. auf 3 Mk. zu erhöhen. Auch würden Klagen über die vom Magistrat gestellte Bekleidung der Straßenreiniger laut. Die Stadt Berlin werde wohl die 25 Pf. für 70 Arbeiter bewilligen können, zumal die Alters- und Invalidenversicherung den Arbeitern neue Lasten aufgelegt haben.

Der Antrag Zubeil wird abgelehnt.

Stadtv. Tempel beantragt, einem Zimmerer, der mit 3,75 M. täglich eingestellt ist, einen Lohn von 50 Pf. für die Stunde zu bewilligen. Das müsse ein sonderbarer Zimmermann sein, der heute noch für 3,75 M. täglich arbeite. Für diese Summe sei ein guter Arbeiter nicht zu haben.

Stadtv. Eßmann erwidert, der Zimmermann habe im Sommer und Winter Arbeit und sei deshalb für den geringeren Lohnsatz zu haben.

Der Antrag Tempel wird abgelehnt.

Stadtv. Klein beantragt, das Einkommen der Wärterinnen in Bedürfnißanstalten von 40 M. auf 45 M. zu erhöhen. Der Lohnsatz sei sehr gering; die Stadt weise die Frauen damit auf das Almosen der Trinkgelder, auf den Bettel, an. Das sei der Gemeinde unwürdig.

Der Antrag Klein wird abgelehnt.

Im übrigen wird der Etat nach den Anträgen des Ausschusses genehmigt.

Die Etats der Gemeinde-Friedhöfe und der Zivilstands-Aemter geben zu keinen Bemerkungen Anlaß und werden genehmigt.

Die Etats für den Hochbau und die Kanalisationswerke werden genehmigt.

Bei dem Etat der städtischen Rieselfelder rügt Stadtv. Stadthagen, daß aus dem Etat nicht hervorgehe, wie viel Lohn die Arbeiter auf den städtischen Gütern erhalten. In Malchow werde verheiratheten Arbeitern 1,50 M. täglich Lohn gezahlt. Ein solcher Etat könne nicht genehmigt werden. Auch über die Behandlung der Arbeiter werde geklagt; so seien sogar Wahlbeeinflussungen vorgekommen, die gewiß von keiner Partei gebilligt werden würden. Ein Arbeiter sei entlassen worden, weil er sich erkühnte, in Berlin sich Rechtsbeistand zu suchen, weil er sich die Behandlung nicht gefallen lassen wollte. Redner bittet den Magistrat um Auskunft über diese Angelegenheiten und bittet, falls die gerügten, geringen Löhne zugegeben werden, die Zurückverweisung des Etats an den Ausschuß und falls auch Wahlbeeinflussungen zugestanden werden, das Gehalt des städtischen Gutsverwalters und des Gutsmeiers zu streichen. Vor Beschwerden hätten die Arbeiter Furcht, weil sie dann entlassen würden.

Stadtrath Maltzahn erwidert dem Vorredner, daß Stadtverordneter Stadthagen fast genau mit denselben Worten im vorigen Jahre seine Beschwerdepunkte vorgetragen habe. Er, Redner, habe schon damals die eingehendste Untersuchung über etwa vorgekommene Wahlbeeinflussungen versprochen. Er könne heute erklären, daß es unwahr sei, daß ein Arbeiter seiner politischen Ueberzeugung wegen entlassen worden sei. Es seien politische Beschwerden eingegangen, auf unsubstantiirte Gerüchte einzugehen, sei nicht Sache der städtischen Behörden. Was nun die Löhne zugegebener Arbeiter betreffe, so sei er der Ansicht, daß der Magistrat seine sozialpolitischen Anschauungen haben dürfe. Die Höhe des

---

*) Die Zahlstellen, in denen Sammelbons zu haben sind, sind unter „Soziales“ in dieser Nummer verzeichnet. Auch die Expedition unseres Blattes ist bereit, Gelder in Empfang zu nehmen.

Lohnes werde nach folgenden drei Grundsätzen bemessen. Erstens müsse derselbe auskömmlich sein, zweitens müsse er sich nach dem ortsüblichen Tagelohn und drittens nach den Leistungen des einzelnen Arbeiters richten. Schlechte und gute, faule und fleißige Leute könnten nicht gleich bezahlt werden. (Beifall.) Der Lohn sei aber höher als in der ganzen Umgebung. Jeder unparteiische Beurtheiler der Verhältnisse müsse zugeben, daß die städtische Verwaltung ihren Arbeitern mit dem größten Wohlwollen entgegenkomme, es werde der Stadt, nicht mit vollem Unrecht, der Vorwurf gemacht, daß sie zu sehr Berliner Verhältnisse auf das Land übertrage. Der Herr Stadtrath singt nun ein Loblied auf die herrlichen Wohnungen, welche der Magistrat seinen Landarbeitern gebaut hat und die Versammlung geräth darob in förmliche Begeisterung, auf manchen Gesichtern war etwas wie Neid zu verspüren. Er schildert, was für geräumige Küchen, Keller und Böden die Wohnungen hätten, die so eingerichtet seien, daß beiderlei Geschlechter nicht zusammenwohnen brauchen. Der Tagelohn betrage 1,50 M., dazu kämen aber außer freier Wohnung eine Menge Emolumente: Kartoffeln, Land, freie ärztliche Behandlung und Arzenei, nicht nur für sich, sondern auch für die ganze Familie. Der niedrigste Lohn betrage mit Einrechnung dieser Vortheile jährlich 592 M. Die höheren Lohnstufen betrügen 630 und 825 M. Beschwerden seien übrigens nicht eingegangen, Unzufriedenheit herrsche auf den Gütern nicht, wenn auch versucht worden sei, solche künstlich von außen hineinzutragen. (Lebhafter Beifall.)

Stadtv. **Stadthagen** erwidert, daß er seine Anfrage heut nicht wiederholt hätte, wenn der Magistratsvertreter vor einem Jahre schon eine solche Auskunft ertheilt hätte. Vor einem Jahre wußte der Vertreter nicht, ob ein Lohn von 1,50 M. gezahlt wurde. Was die heutigen Angaben betreffe, so behält sich Redner den Nachweis vor, daß bestimmte Arbeiter das sog. Deputat nicht erhalten hätten. Die Leute führten keine Beschwerde, weil sie gewärtigen müßten, entlassen zu werden. Mit 1,50 M. kann Niemand auskommen; wenn die Leute dabei zufrieden seien, so beweise das nur, wie groß ihr Elend sei. (Oho!) Der Magistrat muß sozialpolitische Ansichten haben, freilich nicht die des Stadtv. Meyer I. — Was die Wahlbeeinflussungen betreffe, so werde er (Redner) Veranlassung nehmen, die Namen der Zeugen in einer besonderen Eingabe dem Magistrat mitzutheilen. —

Ein Antrag ist nicht gestellt und der Etat der Rieselfelder wird genehmigt.

Bei dem Etat des Zentral-Viehhofs beantragt

Stadtv. **Stadthagen** die Erhöhung der Schlacht- und Schaugebühr für Schweine um 10 Pf. zu streichen, damit nicht gegen die Stadt der Vorwurf erhoben werden könne, sie vertheuere auch nur im Kleinsten die nothwendigen Nahrungsmittel.

Der Antrag wird abgelehnt und der Etat bewilligt.

Die Errichtung einer Heimstätte für Genesende auf dem Rieselgute **Malchow** wird nach den Vorschlägen des Ausschusses genehmigt.

Die übrigen Gegenstände der Tagesordnung sind unwesentlich.

Schluß 7¾ Uhr.

Lokales.

Der 21. Jahresbericht des Berliner Asylvereins für Obdachlose entrollt wiederum ein kleines und an sich doch so unendlich großes Stück sozialen Elends der glänzenden Welt- und Kaiserstadt Berlin. Der Verein unterhält aus privaten Mitteln in der Büschingstraße ein Asyl für männliche Obdachlose und in der Füsilierstraße ein solches für weibliche Obdachlose. Welche Summe menschlichen Elends repräsentirt nicht die Thatsache, daß der Verein seit seinem Bestehen bis zum Schlusse des vorigen Jahres zwei Millionen zweihundert und neun Tausend sieben Hundert und vierzehn Menschen nächtliches Obdach gewährt hat. Von dieser Zahl entfallen auf das vorige Jahr 123 519 Personen, das sind 631 weniger als im Jahre 1889, und von diesen auf das Männerasyl 108 072 (1312 mehr als im Vorjahre), auf das Frauenasyl 15 447 Frauen, Mädchen und Kinder (1943 weniger als im Vorjahre). Der Durchschnittsbesuch pro Nacht betrug im Männerasyl 296,08 (292,21), im Frauenasyl 42,32 (47,51), Bäder wurden 7251 mehr als im Vorjahre verabfolgt und badeten 33023 Männer (+ 7298) und 1270 Frauen (— 47). Trotz dieser schrecklichen Zahlen, um so schrecklicher, als neben den Asylen des Vereins noch das städtische Obdach besteht, hat sich das Männerasyl als unzureichend heraus gestellt, indem wegen Raummangel allnächtlich eine größere Anzahl Obdach suchender Männer abgewiesen werden mußte und sieht sich der Verein vor die Nothwendigkeit gestellt, ein neues Männerasyl, zur Aufnahme von 600 Personen geeignet, zu erbauen. Da ein solches Unternehmen einen Kostenaufwand von rund 500 000 Mark erfordern würde, der Verein aber auf private Mittel, abgesehen von den 1000 Mk. Unterstützung seitens der Gemeindebehörden, angewiesen ist, so richtet der Verein an alle Mitglieder die dringende Bitte, den Anstalten des Vereins in verstärktem Maße ihr Interesse zuzuwenden. Mit den Asylen ist auch ein Arbeitsnachweis verbunden. Derselbe wurde im Jahre 1890 von 967 Arbeitern, 188 Kutschern, 136 Schneidern, 85 Schuhmachern, 64 Tischlern, 28 Schlossern, 5 Korbmachern, 2 Gärtnern, 2 Webern, 2 Kürschnern, je 1 Tapezierer, Maurer, Maler, Glasreiniger, Klemmer, Kanalist, Dachdecker, Schiffer, Fleischer und Hausdiener in Anspruch genommen. Im Frauenasyl wurden 120 Stellen nachgewiesen.

Ein großes Werk wird von deutsch-„freisinniger" Seite hier in Berlin geplant. Letzthin regte in einer in Habel's Brauerei in der Bergmannstraße stattgehabten Versammlung des „fortschrittlichen" Hälle'schen Thorbezirks-Vereins ein Rektor Kopsch die Bildung von deutsch-„freisinnigen" Rednerschulen an. Herr Eugen Richter, so wurde daselbst angeführt, bringe der Sache großes Interesse entgegen und habe bereits seine Mitwirkung zugesagt. Den Anlaß dazu hat die Gründung der allgemeinen Arbeiter-Bildungsschule geboten, man will sich von den Sozialdemokraten nicht überflügeln lassen. Als ein Hauptgrund wurde in der Versammlung angeführt, daß sich ein großer Mangel an rednerischen Kräften herausgestellt habe, indem ein jüngerer Nachwuchs gänzlich zu fehlen beginne. — Das wollen wir schon herzlich gerne glauben, daß ein rednerischer Nachwuchs aufhört, doch möchten wir uns sehr zu bezweifeln erlauben, ob durch dergleichen künstliche Mittel dem Mangel abgeholfen werden kann. Ein denkfähiger, intelligenter und wenn auch nur von einigen Idealen beseelter Nachwuchs begeistert sich nicht für eine, trotz ihrer heuchlerischen Maske durch und durch reaktionäre Partei, wie es die sogenannte Fortschrittspartei ist. Der jüngere Nachwuchs, welcher heutigen Tages noch dieser Krebspartei nachläuft, rekrutirt sich vorwiegend aus den Reihen jener Bourgeoisie, deren Ideale im Kurszettel liegen und die sich höchstens für Mordspatriotismus und Zoterien begeistert.

Folgende Erklärung des Sanitätsrathes Dr. Libbertz bringt die „Deutsche Medizinische Wochenschrift":

Bei der Herstellung des Tuberkulins kann nicht mit Sicherheit vermieden werden, daß in seltenen Fällen vereinzelte Tuberkelbazillen in die Flüssigkeit gelangen. Aber diese Bazillen sind durch langdauernde Siedehitze abgetödtet und daher vollkommen unschädlich. Koch sagt zwar in seiner letzten Publikation, daß abgetödtete Tuberkelbazillen, unter die Haut gebracht, Eiterung erzeugen. Indessen gilt das nur von Aufschwemmungen von Kulturen, also von Tuberkelbazillen in außerordentlicher Menge. Vereinzelte Exemplare derselben erzeugen örtlich keine Reaktion. Ebensowenig allgemeine. In den Blutstrom können sie vom Unterhaut-Zellgewebe nicht gelangen, es sei denn, sie wären direkt in ein Gefäß injizirt.

Das Tuberkulin wird aus Reinkulturen von Tuberkelbazillen gewonnen. In dem fertig gestellten Mittel sind daher keine anderen Bakterien vorhanden. Daß zufällig Luftkeime während des Einfüllens in die Fläschchen oder später beim Oeffnen derselben hineingerathen, ist selbstverständlich möglich. Es wird sich dann fast stets nur um harmlose Mikroorganismen handeln, z. B. gelbe Sarzine, die beim ersten Anblick für M. tetragenus oder Staphylococcus aureus gehalten werden kann. Vermehren können sich solche Mikro-Organismen hier wegen des starken Glyzeringehalts der Flüssigkeit nicht. Das Tuberkulin reagirt stets alkalisch.

Aus dem städtischen Krankenhause am Urban, Abtheilung des Herrn Professor A. Fränkel, berichten die Assistenten Dr. Renk und Dr. Meyer, daß sie mit der Lymphe, in welcher Tuberkelbazillen nachgewiesen waren, Impfungen in der vorderen Augenkammer, in die Ohrvene gemacht haben, welche ohne jeglichen Erfolg geblieben sind. Durch diese Untersuchungen erhält die Annahme, daß die in der Lymphe gefundenen Tuberkelbazillen abgetödtet seien, ihre volle Bestätigung.

Schwarze Pläne sollen die Sozialdemokraten bei der Aufführung des „Thermidor" im Lessing-Theater gehabt haben. Dem „Frankf. Gen.-Anz." meldet sein hiesiger Berichterstatter, daß die Angabe von Mund zu Mund gegangen sei, Liebknecht habe eine große Zahl von Billets zu der Vorstellung aufgekauft und an handfeste Leute verschenkt, damit dieselben die Aufführung störten und unmöglich machten. Der Korrespondent fügt zwar hinzu, daß ein solches Gerede im höchsten Grade dumm sei, es bleibt aber doch charakteristisch, daß dasselbe „von Mund zu Mund" gehen und geglaubt werden konnte, sowie daß es obendrein von dem Korrespondenten für der Erwähnung werth gehalten wurde. Letzterer weiß übrigens nicht, wie das Gerede entstanden sein mag. Wir haben darüber eine Vermuthung. Unser Blatt hatte der Ansicht Ausdruck gegeben, daß die freiheitlich gesinnte Mehrheit der Berliner Bevölkerung das dramatisch sehr schlechte Stück, welches die französische Revolution schmäht, ablehnen würde. Ein hiesiges Blatt machte daraus, daß Liebknecht die Sozialdemokraten aufgefordert habe, die Aufführung zu stören. Diese Notiz des Blattes sollte wohl Reklame für Herrn Blumenthal sein. In der bekannten Weise wird dann diese Mär durch das Hinzufügen der verschenkten Billets und der handfesten Leute fortgebildet worden sein. Die gegnerische Presse hat also einen gewissen Antheil an derselben. Herr Blumenthal hat es diesmal übrigens nicht für nöthig gehalten, der Redaktion die üblichen Billets für die Erstaufführung zur Verfügung zu stellen.

Seitens der hiesigen freireligiösen Gemeinde ist zu Gunsten der Feuerbestattung eine Petition in Umlauf gesetzt worden, die bereits zahlreiche Unterschriften gefunden hat. Dieselbe soll den gesetzgebenden Körperschaften, sowie den Behörden der Stadt Berlin übersandt werden, welche darin ersucht werden, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß möglichst für ganz Deutschland, jedenfalls aber für Preußen, neben der Beerdigung die Feuerbestattung erlaubt wird. Bekanntlich ist der freien Gemeinde vor Kurzem ein Gesuch um Erlaubniß für den Bau eines Verbrennungsofens in Berlin seitens des preußischen Ministeriums abschlägig beschieden worden. Sie will daher nun durch Massenpetition das Bedürfniß für ein Krematorium in Berlin beweisen.

Im Berliner Lehrer-Besoldungsetat die Gehälter der Rektoren herabzusetzen, empfiehlt eine Berliner Korrespondenz mehrerer auswärtiger Blätter. Der Etat liegt jetzt vor; er gilt, wie immer, für drei Jahre, und zwar für die Jahre vom 1. April 1891 bis zum 1. April 1894. Die Herabsetzung der Rektorengehälter wird aus Rücksicht darauf empfohlen, daß die Gleichstellung der Gehälter der Rektoren und der Oberlehrer nicht gebilligt werden könne. Gegenwärtig ist nämlich das durchschnittliche Rektorengehalt (4600 M.) gleich dem durchschnittlichen Gehalt der ordentlichen und Ober-, also akademisch gebildeten Lehrer. Die Korrespondenz giebt dagegen zu, daß die Anfangsgehälter der Lehrer in Berlin kaum ausreichen, besonders für verheirathete Lehrer. Die Anregung scheint uns der Prüfung werth zu sein; es wäre dann aber wohl richtig, wenn der Betrag, um welchen die Rektorengehälter gekürzt würden, zu einer, wenn auch nur kleinen Erhöhung der Gehälter der übrigen Lehrer verwendet würde.

Die Bourgeoispresse konstatirt mit großer Genugthuung, daß ihr Tages„held" der Rowdygraf Herr Kleist vom Loß sich in einem befriedigenden Gesundheitszustand befinde und mit nicht minder großer Genugthuung und Freude berichtet dieselbe, daß ihr Liebling, der edle Sprößling edler Rittergeschlechter, jetzt wieder Gefangenenkost erhalte. Diese beiden Thatsachen neben einander veranlassen uns nochmals, uns mit der Persönlichkeit dieses Menschen zu befassen, am liebsten hätten wir es vermieden. Jedoch die Art der Behandlung, die dem Sträfling Kleist zu Theil wird, nöthig uns zu ein paar Worten. Also der Gesundheitszustand des Gefangenen ist ein sehr befriedigender — sein Auftreten während seines Erholungsurlaubes gab übrigens allein schon alle Ursache zu dieser Annahme — und trotzdem wurde er seiner schwankenden Gesundheit wegen entlassen. Außerdem ist die ganze Behandlung des Herrn Grafen eine höchst eigenthümliche. Es sind doch schon öfters Personen von „hoher" Abstammung gefänglich eingezogen worden, aber wir können uns nicht erinnern, daß so leicht von Jemand soviel Wesen gemacht ist, wie gerade in diesem Falle. Wir können es uns nicht anders auslegen, als daß eben die Art der Bergehen, die Kleist zu Schulden kommen ließ — das schneidige Rowdythum — denselben bei unserer Bourgeoisie in so sympathischen Lichte erscheinen läßt.

Alle Schrecknisse des Auswanderer-Elends entrollte der Anblick einer obdachlosen Familie, die am Dienstag Abend auf den Steinfliesen des Potsdamer Bahnhofes zusammengekauert saß und nicht wußte, wohin sie sich wenden sollte. Der Mann war eingeschlafen und seiner quälenden Sorge für einige Augenblicke Ruhe enthoben, das Weib, mit dem schlafenden Kinde auf dem Arm, blickte starr vor sich hin, die anderen hübschen blonden Mädchen starrten verwundert die Umstehenden an, und die alte Großmutter, die weinend die Hände rang, erzählte den Theilnehmenden ihre Abenteuer. Sie waren aus der Provinz Posen ausgewandert und hatten sich auf eigene Faust nach Brasilien begeben. Als sie dort angekommen, waren sie ohne die zur Ansiedelung nöthigen Geldmittel und sie wurden behördlicherseits wieder nach Deutschland zurückbefördert. Am Dienstag kamen sie mit dem letzten Zuge auf dem Potsdamer Bahnhof an, wo sie, aller Mittel entblößt und vor Entkräftung schwach, die Nacht über kampirten, bis am anderen Morgen polizeilicherseits die Weiterbeförderung der Unglücklichen nach ihrer Heimath erfolgte.

Ein zur Uebung eingezogener verheiratheter Arbeiter fand bei seiner Rückkehr nach Berlin seine Wohnung geschlossen vor und seine Ehefrau war verschwunden. Der erste Gang des Arbeiters war nach der Polizei. Hier hörte er, daß seine Frau gestorben und von der Armendirektion beerdigt worden sei. Der zweite Gang war nun nach dem Kirchhofe, wo dem Arbeiter gegen ein Entgelt von 50 Pfennigen das Grab seiner Ehefrau gezeigt wurde. Was den Arbeiter bei dieser Angelegenheit am meisten wundert und ihn sehr unangenehm berührt, ist dies, daß man ihm weder von der Erkrankung oder dem Tode, noch von der Beerdigung vorher oder gleichzeitig eine Mittheilung gemacht hat, obwohl, wie er meint, sein Aufenthalt leicht in Erfahrung zu bringen gewesen wäre. Wenn die Vorgänge sich wirklich genau so verhalten, so wäre doch dringend zu wünschen, daß die Wiederkehr so peinlicher Vorkommnisse für die Zukunft durch angemessene Maßnahmen verhindert werde.

Ein sehr liebevoller Sohn scheint der Bauunternehmer B. in der Rathenowerstraße zu sein. Dessen gebrechlicher Vater, ein 76jähriger Greis, war bis vor zwei Jahren im Armenhause zu Rummelsburg untergebracht und der nicht unvermögende Sohn war zur Zahlung der Unterhaltungskosten für ihn verpflichtet. Diese Ausgaben fielen B. jun. jedoch lästig; er erklärte deshalb seinem Vater, er solle es bei ihm zu Hause besser haben und daher die Anstalt verlassen. Der Greis glaubte auch den Worten seines Sohnes und schied aus der Anstalt. Nun verweigerte jedoch B. dem Vater die Aufnahme. Infolge mehrmaliger polizeilicher Aufforderung nahm er den alten Mann schließlich zu sich, behandelte ihn aber so unmenschlich, daß der Greis vor einiger Zeit ihn wieder verließ. Der alte Mann, welcher kaum eine Treppe steigen kann, wurde beim Betteln betroffen und vorläufig nach dem Filial-Gefängniß in der Perlebergerstraße gebracht. Charakteristisch für den edlen Sohn ist übrigens, daß er erst seinem Vater dessen Hab und Gut abgelockt hat. Als der Greis nichts mehr besaß, ließ er denselben hungern; der alte Mann durfte den Tag über nicht in der Wohnung verweilen, sondern mußte sich auf der Straße umhertreiben, er durfte nicht mit der Familie an einem Tische essen und wurde von seinem Sohne mit Schlägen traktirt. Uebrigens ist der Bauunternehmer B., der jetzt zum zweiten Male verheirathet ist, derselbe Unmensch, welcher vor mehreren Jahren seine erste Frau, als sie ihrer Niederkunft entgegensah, frühmorgens einschloß, um die Hebamme zu holen, jedoch erst am anderen Morgen betrunken nach Hause kam, wo er die Frau, in ihrem Blute liegend, sterbend vorfand. Auch seine zweite Frau hat unter den Rohheiten derartig zu leiden, daß sie Anzeige erstattet hat.

Ueber die verwegene Flucht eines Diebes wird von einem Berichterstatter gemeldet: In der Nürnberger Straße wohnt im fünften Stockwerk eines Hauses der Buchhalter Schmiechen, welcher bis vor einiger Zeit in der Glashütte zu Charlottenburg angestellt war. Derselbe stand in dem Verdacht, sich in der Nacht zum 7. d. M. in das Zimmer der jetzigen Buchhalter der Glashütte eingeschlichen und dort Geld und Werthsachen gestohlen zu haben. Die Nachforschungen nach dem Verdächtigen wurden von einem Wilmersdorfer Beamten ausgeführt und dieser hatte bald die Wohnung des Schmiechen ermittelt. Montag früh begab er sich dorthin und einige Hausbewohner standen ihm bei der Arretirung bei. Unten auf dem Hofe sowie auf dem Flur des fünften Stockwerks standen Leute, sodaß ein Entkommen des Diebes nicht möglich erschien. Auf wiederholtes Klopfen wurde die verschlossene Thür nicht geöffnet, obwohl man wußte, daß Schmiechen im Zimmer war. Es mußte deshalb ein Schlosser geholt werden. Als derselbe mit seiner Arbeit fertig war und der Beamte in das Zimmer trat, bemerkte er sofort, daß dasselbe leer war. Der Vogel war ausgeflogen und auf welche Weise, zeigte ein geöffnetes Fenster, welches in der sechsten Fensterreihe über dem Erdboden sich befand und das auf die hinter dem Grundstück gelegenen Wilmersdorfer Wiesen herausführte. Mit einer Kühnheit sondergleichen hatte sich Schmiechen an einer am Fensterkreuz befestigten, ziemlich morschen Waschleine aus der schwindelnden Höhe herabgelassen. Als er etwa 12 Fuß über dem Erdboden sich befand, war die Leine gerissen und Schmiechen auf den weichen Erdboden gefallen, ohne Schaden zu nehmen, denn er war sofort weiter geeilt und keine Spur mehr von ihm zu sehen. Dienstag Morgen hatte sich Schmiechen wieder heimlich in seine Wohnung geschlichen. Von Seiten des Hauswirths war dies jedoch bemerkt und die Polizei davon benachrichtigt worden. Mit mehreren Maurern, welche alle Ausgänge besetzten, wurde nun die Verhaftung vorgenommen. Wie gefährlich der Dieb ist, beweist noch die Thatsache, daß er einen scharf geladenen Revolver unter seinem Hute verborgen auf dem Kopfe trug. Der Dieb wurde zunächst nach Wilmersdorf ins Amtsgefängniß, sodann nach Charlottenburg überführt.

Ein Mädchen zu freien, beabsichtigte ein junger Beamter Namens L. Auf dem nicht mehr ungewöhnlichen Wege durch die Zeitung eine Gefährtin für das Leben zu suchen, schien ihm aus mancherlei Gründen nicht rathsam; in seinen Verkehrskreisen war ihm keine begegnet, welche einen nachhaltigen Eindruck bei ihm zurückgelassen hätte, und daher vertraute er seinem guten Stern. Dieser führte ihn vor einigen Abenden in die Rosenthalerstraße, als gerade eine bildhübsche junge Dame von der gegenüberliegenden Seite auf ihn zukam. Dieses zufällige Zusammentreffen hielt L. für eine besondere Fügung. Er folgte ihren Spuren und sah sie bald in ein Haus verschwinden. Ehe drei Tage vergingen, hatte er den Namen und die näheren Verhältnisse seiner Angebeteten ausgekundschaftet. Eine schüchterne briefliche Anfrage über ein Zusammentreffen blieb nicht erfolglos; L. war beglückt, als er die Wahrnehmung zu machen glaubte, daß Auguste K. auch an ihm Gefallen finde und willigte in die Bitte, „mit der Mama zu sprechen", nur allzu gern ein. Pünktlich zur festgesetzten Stunde fand er sich in der Wohnung ein; Mama war nicht zu Hause, und nur Auguste und ihr Bruder empfingen den Erwarteten. Bei heiterem Geplauder wurde L. plötzlich von der Dame seines Herzens um ein Darlehn gebeten, welches zur Deckung von Verpflichtungen, die sie gegen den Willen der Mutter unternommen habe, dienen sollte. L. suchte vergeblich nach Kleingeld. Darob große Entrüstung der Theuren, welche auch nicht ermangelte, ihm „schlagende" Beweise ihres Mißmuthes zu geben. L. wollte nun statt des verlangten Geldes Fersengeld geben. Der zukünftige Herr Schwager aber versperrte ihm den Weg und rief zu seiner Hilfe eine mächtige Dogge herbei, welche sich auch sofort auf den ängstlichen Brautwerber stürzte und ihm die Kleider vom Leibe riß. Die Noth machte den Bedrängten erfinderisch: er versprach, das Darlehn gleich zu beschaffen und dem ihn begleitenden Bruder einzuhändigen. Man willigte ein. Auf dem Wege nach der Wohnung des Beamten bat dieser nun seinen Begleiter, sich mit ihm in einem Wirthshause bei einer Flasche Wein wieder auszusöhnen, bestellte auch laut die Flasche, leise aber einige Kellner bei dem ihm bekannten Wirth. Von diesen wurde der würdige Schwager, wie die „Staatsb. Ztg." berichtet, nach der Polizeiwache geleitet, wo bald darauf auch Gastchen erscheinen mußte.

Das Opfer einer Blutvergiftung wäre der Gartenstr. 58 wohnhafte Stellmacher Franz P. geworden, wenn er nicht durch das entschlossene Eingreifen der im Katholischen Krankenhause beschäftigten Aerzte gerettet worden wäre. Derselbe hatte sich auf einer am Stettiner Bahnhof belegenen Baustelle einen mit Rost angesetzten Nagel derart in den Fuß getreten, daß er ohnmächtig zusammenbrach und das Blut fingerdick hervorquoll. Ein sofort hinzugezogener Arzt reinigte die Wunde, legte P. einen Verband an und ordnete seine Ueberführung nach dem Katholischen Krankenhause an. In der kurzen Zeit hatte der Rost schon derartig gewirkt, daß ein operativer Eingriff gethan werden mußte, wodurch eine Blutvergiftung verhindert wurde.

Die leidige Streitsache zwischen dem Posamentier Nöhden und dem Schankwirth Gründel, welche bereits wiederholte Male die Oeffentlichkeit beschäftigt hat, ist jetzt durch ein Schiedsgericht, welches unter dem Vorsitze des Genossen Gerisch tagte, geschlichtet worden. Nach langen und eingehenden Verhandlungen nahm dasselbe einmüthig folgende Resolution an: „Das Schiedsgericht erkennt an, daß der Posamentier Nöhden nicht, wie ihm vielfach von seinen Berufsgenossen vorgeworfen wurde, als Streikbrecher zu betrachten ist. Das Schiedsgericht hat jedoch aus den übrigen Handlungen des Nöhden, die ihm zur Beurtheilung vorlagen, die Ueberzeugung gewonnen, daß dem Nöhden das Recht, einen Vertrauensposten innerhalb der Arbeiterbewegung einzunehmen, abgesprochen werden muß.

Das Schiedsgericht erkennt ferner an, daß der Gastwirth Gründel in zwei Fällen zwar nicht korrekt gehandelt hat, ihm aber das Recht, einen Vertrauensposten innerhalb der Arbeiterbewegung einzunehmen, nicht abgesprochen werden kann.

Polizeibericht. An der Ecke der Elsasser- und Kleinen Hamburgerstraße wurde am 11. d. M. Nachmittags ein 5jähriges Mädchen von einem Lastwagen überfahren und erlitt außer einem Armbruch innere Verletzungen, so daß das Kind nach der Uni-

verpflegsklinik gebracht werden mußte. — Gegen Abend sprang ein Dienstmädchen, angeblich um die Entlassung aus dem gar nicht zusagenden Dienst zu erzwingen, aus dem Fenster der im ersten Stock des Hauses Friedrichstraße 29 belegenen Wohnung seiner Herrschaft auf den Hof hinab, erlitt jedoch nur eine unbedeutende Verstauchung des rechten Fußes. — Als der Portier Memminger Abends mittelst Fahrstuhls Waaren nach dem ersten Stock des Quergebäudes Königstraße 7 schaffen wollte, gerieth er, als seine Flamme plötzlich erlosch, in der Dunkelheit mit dem Kopf unter den Thürbogen und erlitt dadurch einen Bruch des Halswirbels, sowie schwere Quetschungen des Rückenmarks, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. — Im Laufe des Tages fanden drei kleinere Brände statt.

Gerichts-Zeitung.

Wegen Beschimpfung seiner eigenen verstorbenen Mutter und pöbelhaften Betragens auf einem Kirchhofe, wurde gestern ein gewisser Heinrich Biel vor der II. Strafkammer hiesigen Landgerichts I zur Verantwortung gezogen. Derselbe erschien an dem Sterbetage seiner Mutter den 5. Dezember cr. auf dem Kirchhofe in der Ackerstraße und riß von dem Grabe seiner Mutter die frisch dorthin gelegten Kränze herab, zerriß sie und legte einzelne auf fremde Gräber. Das sonderbare Betragen des Angeklagten war von einem Anwohner bemerkt worden und als dieser dem Angeklagten eindringliche Vorhaltungen machte, wies er mit der Hand auf das Grab und stieß die heftigsten Beleidigungen gegen seine Mutter aus. Der Angeklagte ist nach der Bekundung seines greisen Vaters von jeher ein Taugenichts gewesen, welcher keine Lust zum Arbeiten und inzwischen schon zahlreiche Vorstrafen wegen Bettelns erlitten hat. Als der Vater, welcher ein kleiner Beamter ist, sich schließlich von ihm losgesagt hatte, hat der Angeklagte tiefen Groll gegen seine Eltern gefaßt und denselben in jener Szene auf dem Kirchhofe Luft gemacht. Die Beweisaufnahme ergab ein trauriges Bild von Familienzwistigkeiten, in welchen der Angeklagte mit seinem Bruder und seiner Schwägerin dem Vater und dessen Töchtern so schroff gegenübersteht, daß der Vater dem Angeklagten schriftlich untersagte, irgendwie das Grab der Mutter zu schmücken. Der Angeklagte behauptete, daß er die Kränze nur fortgenommen habe, weil man ihm seine Kränze gestohlen, und er will ferner die beleidigende Aeußerung nicht gegen seine verstorbene Mutter, sondern gegen die bei dem Vater lebende Tochter gemacht haben. Er beschuldigt ferner den Vater, daß er ihn verstoßen habe, obgleich er einen lahmen Fuß besitze und nicht erwerbsfähig sei. — Der Staatsanwalt hielt den beschimpfenden Unfug für erwiesen und mit Rücksicht auf die bekundete Rohheit der Gesinnung beantragte er 6 Wochen Gefängniß. — Der Gerichtshof hielt die beschimpfende Aeußerung gegen seine Mutter nicht für erwiesen, dagegen den Thatbestand des § 168 für erfüllt und verurtheilte den Angeklagten zu **1 Monat Gefängniß.**

Zur Beachtung für alle Geschäfte, welche sogenannte Normalwäsche fabriziren oder verkaufen, veröffentlicht der „Konf." ein reichsgerichtliches Urtheil, wonach der Stempel der Normalwäsche mit der Bezeichnung „nach System Jäger" fortab verboten ist. Professor Jäger hat einen diesbezüglichen Prozeß gegen eine Firma in allen Instanzen gewonnen. Aus dem Erkenntniß ist Folgendes hervorzuheben: „Die Beklagte ist nicht berechtigt, Waaren oder deren Verpackung mit dem Namen des Klägers und dem Hinzufügen des Wortes „Syst." vor dem Namen des Klägers zu bezeichnen und so bezeichnete Waaren in Verkehr zu bringen oder feil zu halten. Selbst die Benutzung des Wortes „Syst." oder „System" hebt einen Namensmißbrauch keineswegs auf; da das kaufende Publikum derartige Bezeichnungen nur oberflächlich zu prüfen pflegt, so entgeht ihm dieser Zusatz entweder ganz oder ist doch dasselbe unverständlich und daher bedeutungslos. Die Beachtung dieser Entscheidung des Reichsgerichts ist um so gebotener, als Prof. Jäger die Absicht haben soll, gegen unberechtigten Gebrauch seines Namens energisch vorzugehen.

Ein besonders anstößiges Vergehen gegen das Nahrungsmittelgesetz, welches in Schlachterkreisen s. Z. großes Aufsehen erregte, führte gestern den Schlachtermeister Friedr. Wilh. Dürr, welcher früher ein Kellergeschäft in der Schönhauser Allee betrieb und jetzt in Pankow wohnt, auf die Anklagebank. Er wird beschuldigt, zu der von ihm fabrizirten Wurst **das Fleisch eines krepirten Hundes** verarbeitet zu haben. Der Hund soll in der Nacht zum 21. August in die Räucherkammer gesperrt und daselbst krepirt sein. Nach der Behauptung des bei dem Angeschuldigten beschäftigten Hausdieners Balke ist der Ziehhund des Angeklagten in der beregten Nacht in der Räucherkammer erstickt. Am nächsten Tage hat der Angeklagte allerhand geheimnißvolle Manipulationen vorgenommen und versucht, den Zeugen möglichst aus dem Hause zu halten. Balke sah aber in der Wurstkammer das Fleisch des Hundes, welchem das Fell abgezogen und der Kopf abgeschnitten war, liegen und erkannte an den Pfoten ganz deutlich, daß es sich hier um die irdischen Ueberreste des heimgegangenen Hundes handelte. Als er aber am nächsten Morgen das Meisterwerk der Schlachtkunst nochmals betrachten wollte, war das Fleisch verschwunden, statt dessen war aber frisch fabrizirte Wurst zur Stelle und dieselbe zeigte unschwer an, welchen Weg das Fleisch des seligen Phylax genommen. Es war besonders polnische Wurst und Mettwurst, welche theils in die Markthalle, theils nach Weißensee wanderte und dort verkauft wurde. Einige Zeit darauf wurden die Bewohner des Hauses, in welchem der Angeklagte sein Geschäft betreibt, durch einen pestilenzialischen Gestank belästigt und als Balke auf eigene Faust nachgrub, brachte er einen Hundekopf und Eingeweide zum Vorschein, welche in dem Keller vergraben waren. Infolge einer Mißhandlung, welche er von dem Meister erlitten, brachte Balke die Schicksale des Hundes zur Kenntniß der Polizei, welche sich für dieselben auch lebhaft interessirte. Als diese dann nachgrub, fand sie nur noch einige Eingeweide vor und der Hausdiener Balke erklärte, daß er Kopf und Fell inzwischen beseitigt habe. Der Angeklagte bestritt entschieden, daß er seiner Wurst, deren besondere Schmackhaftigkeit er lobte, das Fleisch des Köters zugesetzt habe. Er habe den letzteren nächtlicher Weile eigenhändig nach der Reinickendorfer Feldflur gefahren und ihm dort unter Kartoffelkraut seine letzte Ruhestätte angewiesen. Die Polizei forschte sorgsam nach dem betreffenden Platz, es gelang aber nicht, denselben aufzufinden. Nun kam der Angeklagte mit der Behauptung hervor, daß in jener Gegend viele Füchse hausten, welche möglicher Weise den Hund als gute Beute sich getheilt haben möchten. Gestern stellte der Angeklagte die Sache so dar, daß er den Hund, ehe er denselben fortgefahren, abgeledert habe und er will das Auffinden vergrabener Eingeweide in seinem Keller damit erklären, daß es sich bei diesen um Ueberreste von Hundefutter handele, welches die Hunde vielleicht selbst im Keller verscharrt haben. — Der Staatsanwalt hielt die Schuld des Angeklagten in vollem Umfange für erwiesen, da ein solcher Zusatz vom Fleisch eines krepirten Hundes zur Wurst zweifellos als eine Nahrungsmittel-Verfälschung anzusehen sei. Da es sich um eine besonders widerwärtige Verfälschung handele und dieselbe aus schnöder Gewinnsucht begangen sei, so beantragte der Staatsanwalt 4 **Monate Gefängniß** und 600 M. Geldbuße. — Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Th. **Friedmann**, machte erhebliche Bedenken gegen die Glaubwürdigkeit des Balke geltend. Er erachtete es für auffällig, daß demselben das Gewissen erst geschlagen, als er selbst geschlagen worden war und daß derselbe den angeblich von ihm vorgefundenen Kopf und das Fell des Hundes angeblich beseitigt habe. Im Uebrigen regte der Vertheidiger auch das rechtliche Bedenken an, ob der Zusatz von Hundefleisch als eine „Verfälschung" von Wurst zu betrachten sei. — Der Gerichtshof theilte diese Bedenken nicht. Er war der Meinung, daß der Angeklagte seine Wurstwaaren anscheinend vorzugsweise bei der ärmeren Bevölkerung abgesetzt hat und daß diese gegen solche „Schweinerei" eines gewissenlosen Verkäufers energisch geschützt werden müsse. Der Angeklagte wurde deshalb zu **vier Monaten Gefängniß** und 300 M. **Geldbuße** verurtheilt, der Gerichtshof ordnete auch die Veröffentlichung des Urtheils auf Kosten des Angeklagten an.

Arbeiterbewegung.

Gelsenkirchen. Die Delegirtenliste zum internationalen Bergarbeiter-Kongreß, welche die Zeitungen veröffentlichen, ist nicht zuverlässig. Verheide-Eickel ist nicht gewählt; es sind bisher gewählt: für Bochum-Eickel Joh. Meyer; für Wattenscheid: Kahn; für Gelsenkirchen-Ueckendorf: Brodam; für Mülheim: Margraf; für Dortmund: Bunte; für Marten: Schröder; für Ewing: Dückershof; für Recklinghausen-Steele: Schröter-Steele; für Eisleben: Siegel. In Aussicht genommen sind für Weitmar: Heinrich Bauer; für Essen: Eckard.

London, den 11. März. Der Generalsekretär des Seemanns- und Heizervereins, Wilson, sandte ein vertrauliches Schreiben an die Sekretäre der Zweigvereine, in welchem er den Mitgliedern erlaubt, die Bundeskarte (des Unternehmer-Verbandes) anzunehmen. — Die Nachricht besagt, daß die Arbeiter es zunächst nicht auf einen Streik ankommen lassen wollen. Sie werden erst ihre Organisation stärken, bevor sie an weitere Schritte denken.

Soziale Uebersicht.

Aufruf an die Filzschuh-Arbeiter und Berufsgenossen Berlins und Umgegend. Kollegen! Täglich lesen wir im „Vorwärts": Arbeiter Berlins! Gedenkt der ausgesperrten deutschen Arbeiter! Kollegen! Auch ich rufe Euch zu: Gedenkt unserer darbenden Brüder, welche durch den Uebermuth des Kapitals aufs Pflaster geworfen wurden und mit sammt ihren Familien dem Elend und Hunger preisgegeben sind. Kollegen! Geben wir von dem Wenigen so viel wir können, theilen wir mit ihnen, damit nicht die Braven, welche den Kampf für ihr gutes Recht (das Koalitionsrecht) aufnehmen mußten, in diesem Prinzipienkampf unterliegen. Kollegen! Schnelle Hilfe ist doppelte Hilfe, und daher habe ich es unternommen, Sammelbons zu vertreiben. Ich bitte daher die Kollegen, sich recht kräftig an der Sammlung zu betheiligen. Mehrere Kollegen werden es sich zur Pflicht machen, die Bons so zu vertheilen, daß in jeder Fabrik bei einem Kollegen welche zu haben sein werden. Mit kollegialischem Gruß Paul Opitz, Holzmarktstraße 48.

Achtung Klempner! Unsere letzte öffentliche Versammlung war nur schwach besucht, so daß wir es nicht für angebracht hielten, in derselben Beschlüsse zu fassen, welche für die Allgemeinheit bindend sein sollten. Obwohl es sich um Stellungnahme zu den Maßregeln des verbündeten Unternehmerthums handelte, welche darauf hinauslaufen, den Arbeitern den letzten Rest ihres heiligsten Rechts, das Koalitionsrecht, zu entreißen, so schien es doch, als ob die Mehrzahl der Kollegen dieser Thatsache kühl gegenüberstände. Dies mag nicht nur an dem Indifferentismus vieler unserer Kollegen liegen, sondern zum größeren Theil wohl an der Arbeitslosigkeit, welche auch unserer Organisation in diesem Winter tiefe Wunden geschlagen hat.

Indessen, Kollegen, es naht eine verhältnißmäßig bessere Zeit, und es muß daher bei zunehmender Beschäftigung unsere erste Pflicht sein, unseren Kassenbestand, der jetzt viel zu wünschen übrig läßt, auf eine Höhe zu bringen, die uns in den Stand setzt, endlich Front zu machen gegen die wachsende Ausbeutung unserer Kollegen, und vor allem diejenigen, welche im offenen Kampfe für unser Vereinigungsrecht stehen, wirkungsvoll zu unterstützen. Kollegen! Die von den Metallarbeitern aufgestellte Statistik ließ bereits einen tiefen Blick, speziell in das Elend der Klempner thun. Das Material, welches demnächst unsere Fachgenossen zur Beleuchtung der Zustände in unserem Gewerbe beibringen werden, wird ein neuer gewichtiger Beweis zur Rechtfertigung unserer Bestrebungen sein, und mit gewaltiger Wucht werden diese Zahlen jene „Arbeiterfreunde" treffen, die beständig die Lüge vom „Steigen der Löhne" in die Welt schleudern. Darum vorwärts, Kollegen! Laßt nicht zu, daß wir unter das Niveau der niedrigsten Arbeiter herabsinken. Jeder einzelne von uns, ob jung oder alt, ob „gut" oder schlecht gestellt, hat die ernste Pflicht, mit uns das zu erringen zu suchen, was uns die herrschenden Klassen mit allen Mitteln vorzuenthalten bestrebt sind: Eine freie starke Organisation, eine menschenwürdige Existenz!

Unsere Kassen sind zur Zeit fast leer, es gewaltiger finanzieller Opfer wird es bedürfen, sie zu füllen, diese Opfer sind jedoch verschwindend klein, wenn sich **jeder Einzelne** betheiligt. Die unterzeichnete Kommission fordert daher jeden Kollegen auf, allwöchentlich sein Scherflein zum Lohnfonds der Klempner beizutragen!

Marken zu diesem Zwecke werden im Werthe von 10, 20 und 50 Pf. Sonnabends Abends von 8—10 Uhr und Sonntags Vormittags von 10—12 Uhr in nachstehenden Lokalen ausgegeben: S. Ritterstraße 123, O. Landsbergerstraße 105, W. Ziethen- und Schwerinstraßen-Ecke, N. Gransee-Straße 4, und in den bekannten Zahlstellen in Rixdorf, Charlottenburg und Spandau. Mit koll. Gruß

Die Lohnkommission der Klempner Berlins und Umgegend.
J. A.: H. **Weber**, Stallschreiberstr. 9.

Friedrichsfelde, 7. März. In der Nr. 52 des „Vorwärts" finde ich eine Berichtigung von dem Korbmachermeister R. Zwerner. Herr Zwerner meint, es handelt sich nicht um einen Lohnabzug, der den streikenden Gesellen in Friedrichsfelde gemacht sein soll. Nun, ich muß Herrn Zwerner erwidern, daß der Gesellen-Lohntarif auf 70 Pf. pro Scheffelkorb festgesetzt ist, und daß wir Gesellen an dem Tarif auch festhalten. Natürlich war dieser Tarif Herrn Zwerner schon längst ein Dorn im Auge. Am liebsten würde Herr Zwerner es sehen, wenn die Gesellen die Körbe wieder für 40 Pf. pro Scheffelkorb machen würden. Da könnten ja die Herren Innungsmeister noch mehr einheimsen. In den sechziger Jahren nahmen die Herren Meister pro Scheffelkorb 1,50 M. und zahlten Gesellenlohn 40 Pf. pro Scheffelkorb. Heute bekommen die Herren 1 M., höchster Preis 1,25 M., wie Herr Zwerner auch in seinem Bericht zugiebt. Ja, dazumal konnten die Herren Meister noch im Schlafrock und mit der Zipfelmütze dasitzen, heute, wo sich die Gesellen dem Zentralverband deutscher Korbmacher angeschlossen haben, ist es den Herren Innungsmeistern nicht recht. Nun sperren sie die Augen auf und sagen, wir verlangen zu viel Lohn. Nun sagt Herr Zwerner in seinem Bericht, er hätte seine Kollegen stets aufgefordert, wenn die Arbeit etwas besser ging, mehr Lohn zu zahlen. Das stimmt leider nicht. Zwerner hat immer zuletzt Lohn zugelegt und zuerst Lohn abgezogen. Nun giebt Zwerner an, daß der Streik jetzt ungünstig wäre. Die Meister hätten alle Arbeit vorräthig. Ich glaube der Herrn Zwerner giebt es nie eine Zeit, wo mehr Lohn verlangt werden kann, da ist immer Vorrath. Herr Zwerner giebt an, daß ein Kollege von ihm einen sehr dunklen und ungesunden Keller zur Werkstatt hat, und den Lohn nur darum zahle, damit er Gesellen behalte. Darauf muß ich erwidern, daß es noch schlechtere Räumlichkeiten giebt, als diesen Keller. — Die sind als Schlafräume benutzt und an Schlafleute vermiethet worden. Wie ich gehört habe, hat Herr Zwerner schon wieder nach Gesellen geschickt; diese wollen aber auch 70 Pf. pro Scheffelkorb haben. Die Gesellen sind im Verein, der Herrn Zwerner auch ein Dorn im Auge ist. Es bleibt Herrn Zwerner nun weiter nichts übrig, als daß er sich die Arbeit so bezahlen läßt, wie seine Kollegen. Dann kann er auch die 70 Pf. Gesellenlohn zahlen und aller Streit hat ein Ende.

Gustav Bennemann, Korbmacher.

Sammlung für die ausgesperrten deutschen Arbeiter.
Sammelbons werden in folgenden Zahlstellen ausgegeben:

C.
Kuhlmey, Rosenstr. 30, part.

N.
Abraham, Straßburgerstr. 5.
Butry, Stralsunderstr. 15, 2 Tr.
Gleinert, Müllerstr. 174, im Keller.
Gnadt, Brunnenstr. 88, Hof part.
Hasenclever, Chausseestr. 49/50, Laden.
Kleinau, Gartenstr. 171, im Keller.
Lehmann, Brunnenstr. 83, Laden.
Nürnberg, Schönhauser Allee 28, Hof part.
Schmidt, Tresckowstr. 24, Laden.
Thierbach, Schwedterstr. 44, part.

NO.
Gumpel, Barnimstr. 42, Laden.
Drescher, Linienstr. 50, Laden.

NW.
Kern, Stromstr. 45, Laden.
Voß, Birkenstr. 59, Laden.

S.
Börner, Ritterstr. 108, Laden.
Klein, Kottbuser Damm 14, Laden.

SW.
Wilschke, Junkerstr. 1 und Katzbachstr. 1, Laden.
Schröder, Kreuzbergstr. 15, Laden.

SO.
Bräuer, Reichenbergerstr. 143, Laden.
Göcke, Wrangelstr. 125, Laden.
Herschleb, Adalbertstr. 4, Laden.
Kunze, Forsterstr. 2, Laden.
Mertens, Cuvrystr. 54, Laden.
Zubeil, Naunynstr. 86, part.

O.
A. Böhl, Rüdersdorferstr. 8, im Keller.
W. Böhl, Frankfurter Allee 74, Laden.
Heindorf, Langestr. 70, part.
Höhne, Eldenaerstr. 2, Laden.
Lock, Friedrichsbergerstr. 11, Laden.
Motes, Posenerstr. 11, Hof 1 Tr.
Tempel, Breslauerstr. 27, Laden.
Zabel, Frankfurter Allee 90, Laden.

Friedrichsberg.
Lippe, Friedrich Karlstr. 11, Laden.

Rummelsburg.
Ritter, Kantstr. 6, Laden.

Rixdorf.
Rob. Dichte, Prinz Handjerystr. 39.

Wir ersuchen die Gelder für verkaufte Bons **unverzüglich** abzuliefern.

Die Kommission für öffentliche Angelegenheiten der Tabakarbeiter Berlins.

Versammlungen.

6. Wahlkreis.

Am Dienstag, den 10. März, hielt der sozialdemokratische Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis eine öffentliche Versammlung ab, zu welcher der Reichstags-Abgeordnete Wurm einen Vortrag über „Fabrik-Inspektion" zugesagt hatte. Da der Genosse Wurm am Erscheinen verhindert war, so referirte an seiner Stelle Genosse Reichling über „die sozialistische Bewegung". In der Diskussion sprachen die Genossen Peelz, Hintze und Millarg im Sinne des Referenten.

Unter „Verschiedenem" wurde ein Antrag, der Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis solle zu Ehren der in der März-Revolution von 1848 Gefallenen am 18. März auf die Gräber im Friedrichshain einen Kranz legen, einstimmig angenommen.

Des Weiteren kritisirte ein Genosse den Bericht des „Vorwärts" über die am Freitag, den 6. März, im Eiskeller abgehaltene Versammlung, in welcher Stellung zur Maifeier genommen wurde, und sprach sich dahin aus, daß der Berichterstatter den Bericht über die Rede des Genossen Unger in seinem Sinne entstellt habe. Hierzu bemerkte Reichling, daß von Seiten der Redaktion des „Vorwärts" den Berichterstattern eingeschärft sei, nur sachliche und objektive Berichte einzuliefern, und er sei überzeugt, daß sämmtliche Berichterstatter so handelten. Er wisse zwar nicht, wer den Bericht geschrieben habe, sei aber von vornherein überzeugt, daß er absolut wahrheitsgetreu sei, und das umsomehr, als er von verschiedenen Seiten Aeußerungen gehört habe, die sich mit den in dem fraglichen Bericht gemachten Angaben vollständig deckten. Die Genossen sollten doch erst überlegen, ehe sie eine so beleidigende Aeußerung über einen Berichterstatter machten, der nur seine Schuldigkeit gethan habe. Mehrere Redner sprachen in dem gleichen Sinne, und unmerklich gerieth die Versammlung auf einmal in eine lebhafte Diskussion über die Feier des ersten Mai. Es betheiligten sich an der Diskussion die Genossen Ohler, Peetz, Ernst, Heitmann, Millarg, Lehmann und Hoyak. Die Ansichten standen sich schroff gegenüber und jedenfalls hätte sich die Debatte noch eine lange Zeit hingezogen, wenn nicht der Schluß der Rednerliste beschlossen wäre. Ein Beschluß über die Maifeier wurde nicht gefaßt.

Nach Erledigung einiger Fragen wurde hierauf die Versammlung mit einem Hoch auf die Völker befreiende Sozialdemokratie geschlossen.

Eine öffentliche Hausdiener-Versammlung tagte im Lokale des Herrn Norbert, Beuthstr. 22. Auf der Tagesordnung stand: 1. Hausdiener und Sozialdemokratie. 2. Statutenberathung des Hausdiener-Bildungsklubs und Vorstandswahl. 3. Geschäftliches. — Ins Bureau wurden die Kollegen O. Lambrecht, C. Glashagen und H. Bendix gewählt. Genosse J. Apelt referirte. Er erledigte zur Zufriedenheit Aller sein einstündiges, oft von Beifall unterbrochenes Referat. Zum Schluß ging er auf die Organisationsfrage näher ein und führte aus, daß es eines jeden Hausdieners heilige Pflicht sein müßte, sich einer Organisation anzuschließen, und zwar nicht nur einer gewerkschaftlichen, sondern auch einer politischen; denn nur dadurch ist es möglich, die Kollegen auf das öffentliche Leben aufmerksam zu machen und dieselben über ihre erbärmlichen Arbeits- und Lohnverhältnisse hinzuweisen. (Großer Beifall.)

Zu Punkt 2 wies Kollege O. Wiemer das Statut des neugegründeten Vereins zur Aufklärung und Ausbildung der Hausdiener auf politischem Gebiet. Der Name ist folgender: „Hausdiener-Bildungsklub". Es wurden jetzt die 6 Paragraphen verlesen und mit einer kleinen Aenderung einstimmig angenommen. Bei der Vorstandswahl wurden gewählt: O. Wiemer, Vorsitzender; E. Dessita, Kassirer; R. Barthelt, Schriftführer. Der monatliche Beitrag ist auf 35 Pf. festgesetzt, wofür jedes Mitglied die Hausdiener-Zeitung, die „Einigkeit", **gratis** erhält. Ein Aufnahmegeld wird **nicht** erhoben. — Die weiteren Debatten waren persönlicher Natur.

Der Fachverein der Schlächtergesellen Berlins und Umgegend hielt eine sehr gut besuchte Versammlung am 8. März ab. Auf der Tagesordnung stand als erster Punkt ein Vortrag des Genossen Klein über: „Der Kampf mit geistigen Waffen", der lebhaften Beifall fand. Die Diskussion war eine sehr leb-

hafte. Es betheiligten sich an ihr die Kollegen Lassowski, Blumenschein und Schwartze. Kollege Lassowski ging sehr scharf ins Gericht mit dem Hamburger Fleischer-Organ — „Allzeit Voran", welches den Fachverein auf das Aergste verdächtigt. Auf die geistige Bekämpfung antworteten 22 Kollegen mit ihrem Beitritt in den Fachverein. Unter Vereinsangelegenheiten ersuchte der Vorsitzende Kollege Keßlinke die Kollegen, welche noch mit ihren Beiträgen im Rückstande sich befinden, dieselben zu begleichen, sonst müßten die Säumigen gestrichen und außerdem noch bekannt gegeben werden. Unter Verschiedenem beleuchtete der Koll. Lassowski das patriarchalische Verhältniß der Berliner Schlächterinnung, die aus den Fleischproben, welche den Schweinen zur Untersuchung auf Trichinen entnommen werden, ein jährliches Einkommen von 4300 M. bezieht und diese Summe zum Bau eines Asyls für alte, erwerbsunfähige Schlächtergesellen verwenden will. Nun entsteht die Frage, welcher Schlächtergeselle wird wohl die Wohlthat der Innung in Anspruch nehmen, da es doch gar nicht vorkommt, daß ein Schlächtergeselle alt bleibt als Geselle, denn entweder wird er selbständig, oder er muß zu anderem Erwerb übergehn und so verliert er die Rechte auf dieses Institut.

Darum sei es die Pflicht der Kollegen, selbst für die alten Tage zu sorgen, und dieses sei dadurch zu erreichen, daß alle sich dem Fachverein anschließen, welcher sich zur Aufgabe macht, die großen Mißstände, wie die lange Arbeitszeit, die niedrigen Löhne und das Schlafstellenwesen bei den Meistern abzuschaffen.

Folgende Resolutionen gelangten zur einstimmigen Annahme: 1. Die Versammlung der Schlächtergesellen erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verurtheilt den sogenannten Kampf mit geistigen Waffen unserer Gegner auf das Entschiedenste, verpflichtet sich, mit allen gesetzlichen Mitteln für die Aufklärung und Besserstellung der arbeitenden Klasse und speziell der Schlächtergesellen einzutreten.

2. Die heutige Vereinsversammlung protestirt auf das Entschiedenste gegen die Entstellung der wahren Thatsachen durch das Hamburger Fleischer-Organ „Allzeit voran" und beauftragt den Vorstand, dem Blatte eine Berichtigung zuzuschicken auf Grund des § 11 des Preßgesetzes. — Ein Antrag, den ausgesperrten Tabaksarbeitern Hamburgs 30 M. aus der Vereinskasse zu bewilligen, fand einstimmige Annahme. Nachdem noch auf die am 18. März stattfindende öffentliche Versammlung aufmerksam gemacht wurde, schloß der Vorsitzende mit einem dreifachen Hoch auf das fernere Gedeihen des bereits 998 Mitglieder zählenden Fachvereins der Schlächtergesellen Berlins und Umgegend die Versammlung.

Korbmacher. In der letzten Mitgliederversammlung des Verbandes deutscher Korbmacher (F. B.) hielt Kollege Karl einen interessanten Vortrag über die Organisation wie sie ist und wie sie sein soll. Der Vortrag wurde mit allgemeinem Beifall aufgenommen. Sodann kamen die von verschiedenen Zahlstellen gestellten Anträge zur Generalversammlung zur Diskussion. Hierauf machte Kollege Jungnickel auf die ausgesperrten Hamburger Tabakarbeiter aufmerksam und fordert zur kräftigsten Unterstützung auf. Schließlich stellt Kollege Karl den Antrag auf Einberufung einer Extra-Mitglieder-Versammlung am 2. März. Diese Mitglieder-Versammlung hat auch inzwischen stattgefunden.

Kollege Jungnickel erstattet in ausführlichster Weise Bericht von den Verhandlungen, welchen Kollege Karl noch in einigen Punkten ergänzt.

Sodann wird die Wahl des Ausschusses vorgenommen. Aus derselben gehen hervor die Kollegen Karl, Glöckner, Kirsch, Hannig und Nier.

Unter Verschiedenem kommt der Streik der Kollegen aus Friedrichsfelde zur Sprache, wobei ein anwesender Friedrichsfelder die Ursachen und den Stand des Streiks klarlegt. Zum Schluß erinnert Kollege Kühl die säumigen Abonnenten der „Neuen Tischler-Zeitung" an ihre Pflicht.

Nächste Versammlung am 16. März, bei Roll, Adalbertstraße 21. Herberge bei Stramm, Ritterstr. 123. Arbeitsnachweis bei Jungnickel, Wienerstr. 11.

Die Schrauben- und Façondreher tagten am Sonntag, den 8. März. Herr Gustav Koopmann hielt einen beifällig aufgenommenen Vortrag über die Selbsthilfe der Arbeiter auf sanitärem Gebiet. Eine Resolution, den Berliner Sanitätsverein nach Kräften zu unterstützen wurde einstimmig angenommen. Unter Verschiedenem wurde der am 14. März stattfindende Maskenball in Erwähnung gebracht. Der Vertrauensmann forderte auf, die Marken zum Unterstützungs- und Agitationsfonds der Metallarbeiter mehr zu berücksichtigen. Zum Schluß wurden die Kollegen aufgefordert, die Privatwerkstätten nicht so sehr mit ihrem Angebot betreffs Arbeit zu überschwemmen.

Vereinigung der Drechsler Deutschlands, Ortsverwaltungen Berlins und Rixdorf. Laut Beschluß der kombinirten Mitgliederversammlung vom 22. Februar wurde wegen vorgerückter Zeit das Bureau und 3 aus der Mitte der Versammlung gewählte Vertrauensmänner beauftragt, das Resultat der abgegebenen Stimmen für die Delegirten zur Generalversammlung am 31. März zu Halle im „Vorwärts" bekannt zu geben. Irrthümlicher Weise sandte der Schriftführer, Kollege Jonas, das Resultat als Inserat an die Redaktion des „Vorwärts", wo es erklärlicher Weise in den Papierkorb gefallen ist. Aufgestellt als Kandidaten waren die Kollegen Dost, Jonas, Klotzsch, Fischer, Schim und Hinze. Das Wahlresultat stellte sich wie folgt zusammen: Abgegebene Stimmen 139. Davon erhielten: Kollege Dost 97, Fischer 88, Schim 76, Jonas 64, Klotzsch 62, Hinze 43 Stimmen. Gewählt sind die Kollegen Dost, Fischer, Schim und Jonas. J. A.: Strohmeyer, Chorinerstr. 83.

V. Wahlkreis.

Der sozialdemokratische Wahlverein des 5. Wahlkreises hielt am 9. d. M. eine recht gut besuchte Versammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: Vortrag des Herrn Peus über: „Woher fließt die Quelle alles Reichthums?" Diskussion, Verschiedenes und Fragekasten. Der Referent erntete lebhaften Beifall. Eine Diskussion fand nicht statt. Zu Verschiedenem gelangte ein Antrag zur Annahme, einen Kranz auf die Gräber der Märzgefallenen am 18. d. M. vom Wahlverein niederzulegen. Ferner wurde beschlossen, am 18. März eine Volksversammlung vom Wahlverein des 5. Wahlkreises einzuberufen, wo die Erinnerungen an 1848 behandelt werden sollen. Hierauf schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Aufgepaßt! Die „Freisinnigen" kommen!

Im 6. Reichstags-Wahlkreis steht der Sozialdemokratie großes Unheil bevor. Der „Freisinnige Arbeiterverein Berlin" will die in diesem Wahlkreis wohnenden Mitglieder abzweigen und zu einem besonderen „Arbeiterverein" zusammenfassen, um den Wahlkreis gründlich „vornehmen" und die sozialdemokratischen Arbeiter erfolgreich „bearbeiten" zu können. Die Herren sind schon dabei, zu berechnen, wieviel Dutzend dieser „freisinnigen" „Arbeiter"-Agitatoren nöthig sein werden, um einen einzigen der zu „bearbeitenden" wirklichen Arbeiter von der Sozialdemokratie loszureißen.

Reinickendorf. In der letzten Sonntag abgehaltenen Sitzung des Arbeiter-Bildungsvereins referirte Genosse Robert Schmidt über das Thema: „Eugen Richter und die Sozialdemokratie." Schonungslos zerrissen seine Worte den Schleier des Ruhms, mit dem sich der große Held des Freisinns zu umhüllen versucht; seine Schrift gegen die „Irrlehren der Sozialdemokratie" hinterläßt keinen tieferen Eindruck, als das Philistergeschwätz am Biertisch. — In der Diskussion sprachen die Genossen Duchäteau und Thal; letzterer erinnerte an den Ausspruch Richter's gelegentlich der Wahl Hasenclever's, daß diese für den 6. Wahlkreis ein Unglück sei, er werde verröden, da kein Geschäftsmann in ihm sich etabliren würde. — In der am 22. Februar stattgehabten konstituirenden Versammlung vollzog sich die Wahl des Vorstandes; gewählt wurden: Knauff zum ersten, Hartwich zum zweiten Vorsitzenden, Minkel zum Schriftführer und Bokowsky zum Kassirer. Zu Revisoren ernannte die Versammlung die Genossen Mantenffel und Arndt.

Kranken- und Begräbnißkasse des Vereins sämmtlicher Berufsklassen, Berlin I. Sonnabend, den 14. März, Abends 8 Uhr, Blumenstr. 79, bei Wolfschläger.

Lese- und Diskutirklub „Westen" im Restaurant Meier, Bülowstr. 42, Abends 8 Uhr. Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt.

Freireligiöse Gemeinde, Rosenthalerstr. 39. Sonntag, den 15. März, Vormittags 10½ Uhr, Herr Peus: Sitte und Sittlichkeit. Abends 8 Uhr, Herr Vogtherr: Die Verfolgung der freien Gemeinde in den 50er Jahren.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. H. 29 und 99 Hamburg), Filiale Berlin 6. Sonntag, den 15. März, Vormittags 10½ Uhr, Gartenstr. 129 bei Krüger: Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Aufstellung der Kandidaten zur General-Versammlung. 3. Verschiedenes.

In der humanistischen Gemeinde, Kommandantenstraße 79, hält am nächsten Sonntag, Vormittags 10 Uhr, Herr Schäfer den Vortrag über die Frage: Wirken wir mehr durch das, was wir sind oder was wir vorstellen? Gäste willkommen.

Filiale 4 der Allgemeinen und Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (eingetragene Hilfskasse 29 und 99 Hamburg). Sonnabend, den 14. März, Abends 8½ Uhr, Mitglieder-Versammlung Andreasstraße Nr. 25 bei Bolzmann. Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Aufstellung von Kandidaten zur Delegirtenwahl. 3. Verschiedenes.

Achtung, Arbeiterinnenverein! Große Mitglieder-Versammlung Dienstag, den 17. März, Abends 8 Uhr, Inselstr. 10 bei Scheffer. Tagesordnung: 1. Medizinischer Vortrag des Herrn Dr. Bernstein. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Die Lage der Arbeiterinnen in der Knabenkonfektion. 5. Verschiedenes. Herren als Gäste willkommen. Um zahlreichen Besuch bittet der Vorstand.

Eine große öffentliche Versammlung der Schneider und Schneiderinnen Berlins findet am Montag, den 16. März, Abends 8 Uhr, im großen Saale des Böhmischen Brauhauses, Landsberger Allee 11—13 statt. Der erste Punkt der Tagesordnung behandelt die mit den Groß-Konfektionären stattgehabte Konferenz und die weiteren Schritte, welche zu unternehmen sind. Referent ist Kollege A. Täterow. Außerdem wird über die Stellungnahme zum 1. Mai beschlossen und über die Neuregelung des Herbergswesens und Arbeitsnachweises verhandelt. Zu dieser durchaus wichtigen Versammlung sind alle hier bestehenden Schneidervereine, sowie sämmtliche Unternehmer besonders eingeladen. Das Erscheinen sämmtlicher in der Konfektionsbranche beschäftigten Arbeiterinnen ist vorzugsweise nothwendig.

Lese- und Diskutirklub. Sonnabend. Lese- und Diskutirklub „Feuerbach" im Lokale des Herrn Schröder, Reichenbergerstr. 24. — „Heine", Abends 9 Uhr, im Lokale des Herrn Zechlin, Hornstr. 11. — Lese- und Diskutirklub des Arbeiterbildungs-Vereins in Weißensee, Rölle- u. Charlottenburgerstraßen-Ecke bei Kleds. Gäste haben Zutritt.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend. Sonnabend. Abends 9 Uhr: Uebungsstunde. Aufnahme neuer Mitglieder. Gesangverein „Freundschaft", Friedenstr. 49 bei Tollkühn. — Gesangverein „Sanges Echo," Skalitzerstraße 142 bei Greiser. — Gesangverein „Urania", Landsberger-straße 31 bei Musehold. — „Grüne Eiche", Rixdorf, Kniesebeck- und Hermannstr.-Ecke bei Beiler. Gesangverein „Glückauf" bei Bergmann, Prinzen-Allee 10. — Gesangverein „Treuer Bund" bei Ullrich, Arndt- und Friesenstraßen-Ecke.

Gesang-, Turn- und geselligen Vereine. Sonnabend. Männer-Gesangverein „Phönix", Steinmetzstr. 76, bei Bemm. Aufnahme neuer Mitglieder. — Gesangverein der Offenbacher „Sängerkranz", Deutscher Hof, Luckauerstraße Nr. 10, Uebungsstunde um 9 Uhr. Gäste willkommen. — Musikverein „Vorwärts", Abends 8½—10½ Uhr, Annenstr. 14, part. Zitherklub „Waldrose", Abends 9 Uhr bei Kleemann, Lausitzerstr. 41. — Zitherklub „Harmonie", 9 Uhr Uebungsstunde, Kaiser Franz-Grenadierplatz 7. — Taubenur-Verein „Deutsche Eiche", Sitzung 9 Uhr im Restaurant Techow, Waterloo-Ufer 14. Aufnahme neuer Mitglieder.

Berliner Turngenossenschaft. 8. Männer-Abtheilung. Abends ½9—½11 Uhr. — Lübeck'scher Turnverein. Die 1. Lehrlingsabtheilung turnt Abends 8—10 Uhr. Der Turnsaal befindet sich Königstädtisches Gymnasium, Elisabethstraße 57—58.

Skatklub „Ramsch", gegründet 1. Oktober 1890. Abends 9 Uhr, Sitzung in Willy Schmidt's Restaurant, Wrangelstr. 141. Genossen sind freundlichst eingeladen. — Skatklub „Ramsch", Fürstenbergerstr. 10. — Humoristischer Klub „Adonis" bei Heid, Koppenstr. 75. Gäste willkommen. — „Privat-Theater-Gesellschaft Schneeglöckchen" im Lokal Veteranenstraße 9 bei Veitin. — Theater-Verein „Giaconda", Abends 9 Uhr, Sitzung. — Verein „Lustige Brüder", Abends 9 Uhr, Brüderstr. 26. — Vergnügungs-Verein „Lustige 13", Abends 9½ Uhr, bei Liebzeit, Wrangelstr. 90. Gäste willkom. — Vergnügungsverein „Sorgenbrecher", Mendelssohnstr. 4, Sitzung mit Damen. Gäste willkommen. — Roller'scher Stenographen-Verein „Süd-West Berlin", Abends 8½ Uhr, im Restaurant Körner, Baruthstraße 1, Unterricht und Uebung. — Rauchklub „Goldene Gans", 9 Uhr, Lothringerstr. 67 bei Brückner.

Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit Raum dafür abzugeben ist, dem Publikum zur Besprechung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie verwahrt sich aber gleichzeitig dagegen, mit dem Inhalt desselben identifizirt zu werden.

Unterzeichneter erlaubt sich hiermit den Sprechsaal Ihrer geschätzten Zeitung in Anspruch zu nehmen und zwar, in Angelegenheit der Arbeiter-Bildungsschule. Es wäre vielleicht richtiger, mich direkt an den Vorstand obiger Schule zu wenden, jedoch halte ich es für wichtig, daß die Angelegenheit zum Nutzen der Interessenten auf diesem Wege möglichst schnell erledigt wird.

Die Nummer 57 des „Vorwärts" brachte in einem Artikel der Berliner Arbeiter-Bildungsschule die Aufforderung zur Meldung zum Unterricht. Um aber die Angaben, welche die Meldung enthalten soll, zu machen, wäre es sehr wünschenswerth, wenigstens annähernd die Gegend der Schulen zu bezeichnen, da es nicht immer der Fall sein wird, daß z. B. die im Norden gelegene Schule für jeden im Norden Wohnenden auch näher ist als vielleicht diejenige des Westens oder Ostens.

Ferner wäre es wünschenswerth zu wissen, an welchen Tagen dieses oder jenes Fach gelehrt werden soll. Nur so ist es möglich, richtige Angaben in den Meldungen zu machen.

Ich bitte deshalb den Vorstand der Arbeiter-Bildungsschule sich im Interesse der Allgemeinheit näher darüber auszulassen.

Max Oertel, Berlin N., Müllerstr. 138a.

Briefkasten der Redaktion.

Bei Anfragen bitten wir die Abonnements-Quittung beizufügen. Brieflich Antwort wird nicht ertheilt.

G. C. H. Gegen ein Tanzvergnügen am Palmsonntag liegen unseres Wissens keine gesetzlichen oder polizeilichen Hindernisse vor.

Briefkasten der Expedition.

Den Genossen stehen ältere Nummern unseres Blattes in beliebiger Anzahl zu Agitationszwecken zur Verfügung und bitten wir, dieselben während unserer Geschäftsstunden von der Expedition abzuholen.

Für die Ausgesperrten gingen ferner ein:

Theinhard's Schriftgießerei 6,65. Verein Eintracht, Linke, Forsterstr. 45 10,—. Zimmerleute, Bau Genthinerstaße 4,75. Skatklub Ramsch, Rixdorf, 1. Rate 5,—. Gesammelt in der Volksversammlung zu Pankow 10,—. Ueberschuß der Tellersammlung der öffentlichen Goldschmiede-Versammlung 7,—. Von einer Geburtstagsfeier. Gesammelt durch Zillig 2,—. Ueberschuß der Versammlung vom 8. März im Neustädter Volksgarten 16,97. Köhler bei Brennecke 2,20.

Bekanntmachung.

Sonntag, den 15. März, in der Neuen Welt, Hasenheide,

Gedächtnißfeier für Karl Marx

veranstaltet vom Lese-Klub **„Karl Marx"**,

unter Mitwirkung des Gesangvereins „Zufriedenheit". Von 5½ Uhr ab: Konzert. Um 6½ Uhr: Festrede, gehalten von Hrn. Peus. Danach abwechselnd Konzert und Vorträge. Entree 20 Pf. Garderobe 10 Pf. und wird gebeten, davon möglichst viel Gebrauch zu machen. Alle Freunde und Gönner des Lesklubs sind hierzu eingeladen. 209/20

Oeffentliche

Volksversammlg. f. Männer u. Frauen

zu Friedrichshagen

am Sonnabend, den 14. März, im Saale des Hrn. Cestin (Gesellschaftshaus).

Tages-Ordnung: 234/11

1. Ursache und Wirkungen der französischen Revolution. Referent J. Türk. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Der Einberufer.

Arbeiter-Verein

für Johannisthal u. Umgegend

Sonntag, d. 15. März, Nachm. 3 Uhr, im Lokal d. Hrn. Senftleben, Johannisthal,

Vereins-Versammlung.

Tages-Ordnung: 111/2

1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Abrechnung v. Stiftungsfest. 4. Verschiedenes. Gäste haben Zutritt. Nach der Versammlung gemüthl. Beisammensein. Zu zahlreichem Besuch ladet ein Der Vorstand.

Junger Mann sucht freundl. möbl. kl. Vorderzimmer b. ruhigen Leuten z. 1. April. Nähe Moritzplatz. Off. mit Preisang. an B. Dübelt, Mittenwalderstraße 47 v. III. 986 b

Empfehle allen Freunden und Genossen mein Restaurant „zur Flora". J. Reichert, 962 b Weißensee, Gustav Adolphstr. 142.

Gesang-Verein der Glasarbeiter zu Stralau „Vorwärts". 331 L

Am Sonnabend, den 14. März, findet im Lokale der Gräfl. Reischach'schen Brauerei ein **Tanzkränzchen** zu **Gunsten der ausgesperrten Glas- und Tabak-Arbeiter** statt.

Karten im Vorverkauf sind zu haben im Ausschank der Brauerei bei Herrn Kalbhenn und Abends an der Kasse.

Entree 50 Pf. **Anfang 7 Uhr.**

Um zahlreichen Besuch bittet Das Komitee.

Echte Rathenower Brillen

und **Pince-nez** nur mit prima Kristall-Gläsern von **1,50 Mark** an.

Rudolf Reinhardt,

Linden-Straße Nr. 94, neben der Markthalle.

Sonntags geschlossen.

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren.

Ganze Ausstattungen empfiehlt

Moritz Gläser, 139 L

167. Reichenbergerstr. 167.

Achtung!

Empfehle allen Freunden und Genossen mein 953 b

Weiss- u. Bair.-Bier-Lokal.

Ein Vereinsz. f. Gewerkschaften z. verg. Carl Bolle, Alt-Moabit 98.

Ein Schankgeschäft billig zu verk. Zu erfragen b. C. Marzahn, Wiesenstraße 14, Zeitungs-Spedition. [335 L

Meyer's Lexikon, Bücher, Bibliotheken kauft 322 L A. Hannemann, Kochstr. 56.

Mehl-Handlung

L. Brachvogel, Manteuffelstr. 75. Gebr. Kaffee's, vorzügl. im Geschmack, tägl frisch, à Pfd. 1,40 und 1,60 M.; Kaffee von Zunz sel. Wwe. 1,70 M. Rohkaffee's in sehr preiswerthen Qualitäten à Pfd. 1,20, 1,30 und 1,35 M. Auch empfehle ich eine stets frische, hochfeine Tafelbutter à Pfd. 1,20 M. 694 b

Kalbfleisch, Keule 40—45 Pf., Brust 45—50 Pf., ganze Brüste, Braten, Kälber billiger. Täglich Auguststraße 50 a im Keller. 51/21 P

828 b] Wohn. sind dicht b. d. neuerb. Fabrik, Berlinerstr., Tegeler Chaussee, zu vermiethen. Näheres bei Bock, Seifenladen, Berlinerstraße Nr. 18.

Freundl. möbl. Zimmer zu verm. Lausitzerstraße 52 v. III. rechts (Ecke Lausitzerplatz). 927 b

Herren,

welche gewillt sind, einem dem Arbeiter-Sängerbund angehörenden Verein beizutreten, mögen sich in der Uebungsstunde Freitags von 9½—11½ Uhr bei Keller, Bergstraße 68, melden.

Bringe den Genossen hierdurch meine **Rind- und Schweineschlächterei,** Zentral-Markthalle, Stand 148, in freundliche Erinnerung und bitte um gütigen Zuspruch. 759 b

Carl Aurin.

Wäsche wird sauber gewaschen und geplättet Wöhlertstr. 7 (i. Lad.). [915 b

Vereinszimmer f. Gen. Fischerstr. 8 Rest.

Schlafst. z. v. an Frau od. Mädch. mit oder ohne Bett Gräfestr. 14 Quergeb. Hpt. I. [926 b

Arbeitsmarkt.

Gesellen a. Bettst. Prinz Handjerystraße 82, Rixdorf. 931 b

Zwei Lackirergeh. werden verlangt Charlottenburg, Lützowstr. 4. [935 b

Vergolder-Gehilfen finden Beschäftigung bei August Werkmeister jr., Brunnenstr. 151/52. 938

Deckerin f. Silb. verl. Sebastianstr. 20.

Möbel-, Spiegel- u. Polsterwaaren-Magazin von Aug. Herold,

SO. 5. Reichenbergerstraße 5. SO. 179 L

Verantwortlicher Redakteur: Curt Baake in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2.